

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 21. Februar 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Handbemerkungen



Selbst in trüben Zeiten gibt es manchmal einen Lichtblick. Der Ausmarsch der Nationalsozialisten nach ihrer katastrophalen Niederlage im Reichstag läßt die Hoffnung zu, daß nun doch weitere Kreise der betörten Wählerschaft allmählich dahinterkommen, was sie für eine Eselei begingen bei der Septemberwahl 1930. Den Phrasenhelden um Goebbels ist also vorerst das Handwerk gelegt. Vor allem wird die Atmosphäre etwas gereinigt durch die Aufhebung der Immunität, soweit berufsmäßige Verleumder sich in der Presse betätigen und das Blaue vom Himmel schwindelten, ohne daß man sie dafür zur Rechenschaft ziehen könnte. Der theatralische Abgang, den die deutschnationalen Hugenbergleute — wenn auch nur vorübergehend — mitmachten, zeugt von einer völligen Verkennung dessen, was man dem deutschen Volke bieten kann. Man hat sich selbst entlarvt und die Komödie fand ihren Abschluß durch die Feststellung, daß die Herren Nationalsozialisten in einem Brief „auf ihre Diäten zugunsten der Arbeitslosen verzichteten“, obwohl sie eben erst diese selben Diäten bis Ende Februar in die Tasche gesteckt. Es ist also, wie Löbe feststellte, kein roter Pfennig für die Arbeitslosen verblieben!

Die Betriebsrätewahlen stehen wieder vor der Tür. Sie erhalten in diesem Jahre eine besondere Bedeutung, weil neue Momente bei der Betriebsrätewahl in Erscheinung treten. Bisher gab es fast nur die Listen der anerkannten Gewerkschaften. In den letzten Jahren hat die sogenannte „Opposition“ hier und da Gegenlisten aufgestellt. Dort, wo die Organisation schlecht ist, wagten sich schon mal die Unorganisierten oder Gelben mit einer eigenen Liste hervor. In diesem Jahre gibt es auch noch Listen unter der Bezeichnung „Nationale Sozialisten“.

Die Nationalsozialisten werden 1931 zum ersten Male als eine geschlossene Gruppe bei den Betriebsrätewahlen auftreten. Schon Wochen hindurch sind Vorbereitungen hierzu getroffen worden. In den bekannten Rundschreiben der NS wird mit aller Deutlichkeit das Wesentliche bei der Funktionalität herausgestellt. Die NS bejahen den Betriebsrätgedanken. Sie stellen das Betriebsrätegesetz bewußt in den Dienst ihrer Arbeit. Die NS-Betriebsräte sollen das Rückgrat der zukünftigen Arbeit in den Betrieben bilden. Wenn wir auch davon überzeugt sind, daß vieles von dem Geschreibsel zur Betriebsrätewahl nur auf Dummenfang bei den Arbeitern und Angestellten beruht, so dürften wir uns doch darüber klar sein, daß eine eifrige Vorbereitung zu den Wahlen getroffen wurde.

Hier macht sich zum erstenmal eine Gefahr breit, die nicht energisch genug bekämpft werden kann. Halten wir fest, was die Nationalsozialisten wollen. In den Richtlinien heißt es u. a.: „Die NSDAP. sieht in der nunmehr angestrebten Be-

triebszellenorganisation die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“ Das Entstehen einer neuen Gewerkschaftsrichtung wird hier als nächstehend hingestellt. Nehmen wir diesen Umstand nicht auf die leichte Schulter! Die politischen Vorgänge haben uns sehr unliebsame Ueberraschungen gebracht. Die Arbeiterschaft muß also in diesem Jahre gegen einen neuen geschlossen anrückenden Feind zu Felde ziehen. Es bedarf der Anstrengung eines jeden Arbeiters und Angestellten, um diese Bewegung bereits im Keim zu unterdrücken.

Neben den Nationalsozialisten werden die Kommunisten bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen mit eigenen Listen nicht fehlen. Ja, die Wirtschaftslage und das Elend der Arbeiterschaft wird sie anspornen, gerade in diesem Jahr aktiv zu sein. Auch dieser Gegner muß durch kühle überlegene Taktik in Schach gehalten werden.

In dem offiziellen Aufruf haben die Spitzenverbände der Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die diesjährigen Wahlen eine praktische Probe für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein sollen. Kein Mitglied des ADGB, oder des AFA-Bundes darf sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen. Tut er dies doch, so hat er sich zu vergegenwärtigen, daß er aus seiner gewerkschaftlichen Organisation hinausfliegt. Es ist vielen alten Mitgliedern bitter aufgestoßen, ihre wohlverworbenen Rechte durch eine solche Handlung zu verlieren. De- und wehmütig sind sie später gekommen, um wieder als Mitglied aufgenommen zu werden. Einen solchen Kanonjagang kann sich jeder ersparen. Die Betriebsrätewahl 1931 fällt in eine schwierige Zeit. Massenarbeitslosigkeit drückt auf den Seelenzustand der Arbeiter und Angestellten, die noch im Betriebe stehen. Der Mut zu eigener und fremder Interessenvertretung ist teilweise sehr gering. Dennoch darf die Arbeiterschaft den Kopf nicht soweit hängen lassen, um die Betriebsrätewahlen zu vernachlässigen. \* \* \*

Während die Arbeitnehmerschaft zur vollen Aktivität ihrer Kräfte in diesen schweren Zeiten nicht kommen kann, versuchen die Schwerindustriellen in Rheinland-Westfalen eine zweite Welle des Lohnabbaus durchzusetzen. Es ist hohe Gefahr im Verzuge. Da gilt es ganz besonders, allen Zersplitterungsbestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft entgegenzutreten. Mehr denn je heißt es jetzt Aufklärung in die Reihen der Unorganisierten zu tragen und sie wachzurütteln. Die Parole der Partei hat auch Bedeutung und Inhalt für die Gewerkschaften: „Wo bleibt der zweite Mann?“

Hast du, lieber Kollege, in diesem Jahr schon dein möglichstes getan, um ein weiteres Mitglied dem Verbands zuzuführen? Es gibt noch viele, allzu viele Indifferente und Unschlüssige. Rüttle sie auf! Zeig ihnen den Weg zur Organisation! Wir müssen unsere Kampffront verbreitern! Dazu hilf mit!

## Konferenz der Gewerkschafts- und Parteiredakteure

Die Fachauschüsse der Gewerkschaftspresse veranstalteten mit den Redakteuren der sozialdemokratischen Zeitungen am 9. Februar 1931 eine gemeinsame Konferenz, die im Reichstag abgehalten wurde.

Scheffler, der Vorsitzende des Fachauschusses vom ADGB, zeigte die Aufgaben der Fachauschüsse. Die Gewerkschaftsredakteure haben das Bedürfnis nach einer engeren Zusammenarbeit und Fühlungnahme mit den Redakteuren der sozialdemokratischen Presse. Zweck und Ziel der gemeinsamen Konferenz ist in erster Linie, gemeinsame Wege zu suchen, um im Interesse der Arbeiterbewegung sowohl der Partei- wie der Gewerkschaftspresse zu dienen.

Stamper, Chefredakteur des „Vorwärts“, wies auf das gemeinsame Vorgehen zwischen Partei und Gewerkschaften anlässlich der Reichstagswahl 1930 hin, das in den Vordergrund des Handelns die Abwehr des Nationalsozialismus stellte. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn trotz aller parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften die Redakteure der Gewerkschaftszeitungen das Bedürfnis haben, enger mit den Parteiredakteuren zusammenzuarbeiten. Stamper erinnert an den Ausbau der Republik und an die Abwehr des Kapp-Putsches, eine Tat, die Partei und Gewerkschaften gemeinsam geleistet haben. In Rücksicht auf das Zusammengehen, nicht nur in diesen beiden Situationen, hält er eine Konzentration der gesamten Arbeiterpresse für zweckmäßig. Auch die Gewerkschaftspresse muß in gewissem Sinne eine politische Zeitschrift sein. Daneben fällt aber gerade ihr die besondere Aufgabe zu, als Familienzeitschrift zu wirken. Gewerkschaftsorgane müssen auch von Frauen und Kindern gelesen werden, wenn sie sich wirklich im Kreise der Familie einbürgern sollen. Insofern ist der Ausbau der Gewerkschaftsorgane zu Familienzeitschriften durch feuilletonistischen Inhalt und durch Bilderverwertung.

Seidel vom ADGB weist auf den Unterschied zwischen Gewerkschafts- und Parteipresse hin. Die Gewerkschaftspresse umfaßt das ganze Reichsgebiet, während die Parteipresse mehr auf lokale Verhältnisse abgestellt ist. Daraus ergibt sich eine gegenseitige Ergänzung. Die Gewerkschaftspresse kann, trotzdem vereinzelt noch Wert auf lokale Versammlungsberichte gelegt wird, nicht an einen Ausbau der lokalen Nachrichten denken. Ein weiterer Unterschied zwischen Gewerkschafts- und Parteipresse ist der berufliche Gesichtspunkt, der in der Gewerkschaftspresse ausschlaggebend ist. Da die Parteipresse überberuflich ist, ist eine ihrer vornehmsten Aufgaben, auf die gegenseitige Bindung und Annäherung der verschiedenen Berufe anregend zu wirken. Man kann sich z. B. durch besondere Reportagen, wie das 1927 anlässlich des Zigarrenarbeiterstreiks der Fall war, einen guten Resonanzboden auch für gewerkschaftliche Forderungen denken. Außerdem ist es bei der Stärke der Gewerkschaftsbewegung notwendig, daß auch in Form von Leitartikeln in der Tagespresse auf gewerkschaftliche Dinge etwas mehr eingegangen wird. Zweckmäßig sind in diesem Zusammenhange auch kleinere Betriebsreportagen, die allerdings nicht nur Eleneschilderungen sein dürfen. In der Gewerkschaftspresse ist bis jetzt der volkswirtschaftliche Teil noch etwas zu kurz gekommen. Gerade in der gegenwärtigen Zeit sind Abhandlungen über Beziehungen zwischen Preis und Lohn sehr angebracht. Sozialpolitische Reportagen geben die Möglichkeit, an das Leben heranzugehen und tragen in der Tagespresse wesentlich dazu bei, eine engere Bindung einmal zwischen den einzelnen Berufsgruppen herbeizuführen und dann auch den Sinn für Sozialpolitik zu wecken. Die Arbeitsgerichtsreportagen erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Allerdings ist eine gewisse Gefeskenntnis dazu notwendig. Es liegt nicht immer im Interesse der betreffenden Parteizeitung, wenn gerade dem jüngsten Reporter diese Dinge zur Bearbeitung übergeben werden. Eine weitere Möglichkeit, auf Zweck, Ziel und Arbeit der Gewerkschaften hinzuweisen, besteht in der Tagespresse darin, daß auf Titelaus den einzelnen Gewerkschaftsorganen Bezug genommen wird. Damit wird auch das Verständnis für die Gewerkschaften gefördert. In der Frage des journalistischen Nachwuchses stimmt Seidel mit Stamper überein. Der Parteiredakteur der Gegenwart hat nicht mehr die Zeit und Muße, in jede Gewerkschaftsversammlung zu gehen, um das gewerkschaftliche Leben an der Quelle zu studieren. Deshalb ist die Einrichtung von Dolontärkursen für die jungen Parteiredakteure notwendig. Ein mehrwöchiger Aufenthalt in der Zentrale dieser oder jener Gewerkschaft trägt wesentlich dazu bei, das Verständnis für die Gewerkschafts-

arbeit zu vertiefen. Zu dem gleichen Zweck können auch Schulungskurse in Bernau veranstaltet werden.

Sollmann von der „Rheinischen Zeitung“ in Köln, der im wesentlichen die zeitungstechnischen Fragen behandelt, betont, daß die Gewerkschaftspresse in den letzten Jahren etwas besser geworden ist. Die Gewerkschaftsorgane müssen sich vor allen Dingen hüten, langweilig zu werden. Um das zu vermeiden, ist in erster Linie ein gutes Feuilleton mit guten Illustrationen notwendig. Erst dann wird das Gewerkschaftsorgan zur Familienzeitschrift. Damit ist ein Mittel gegeben, um gleichzeitig auch die Jugend schon für den gewerkschaftlichen Gedanken zu interessieren und zu fesseln. Es ist für die Parteipresse nicht immer leicht, die gewerkschaftliche Arbeit so darzustellen, daß sie allgemein interessiert. Ein Hindernis dazu ist vor allen Dingen die vielseitige Arbeit der Parteiredakteure. Dem Mangel kann abgeholfen werden, wenn von Seiten der Gewerkschaftsangehörigen am Orte das lokale Parteiblatt mehr in die Taktik der Gewerkschaften eingeweiht wird. Eine Möglichkeit, die Zeitungen interessanter zu gestalten, bieten auch die sogenannten Arbeiterkorrespondenten, die sich verschiedentlich als gute Einrichtung bewährt haben. Die Stimme aus dem Betriebe fehlt den Partei- und Gewerkschaftsblättern vielfach. Die heutige Parteipresse ist nicht mehr das Arbeiterblatt wie vor Jahrzehnten. Kann es auch nicht mehr sein, da gewisse Rücksichten auf die Mittelschichten des Volkes genommen werden müssen, die sehr stark proletarisiert sind, und die unbedingt mit den übrigen Arbeitnehmern gehen müssen. Gerade dieser Umstand verlangt ein stärkeres Auflockern der Parteipresse durch Feuilleton und Illustrationen, damit sie leichter lesbar wird. In dieser Beziehung verstehen bürgerliche Verlage wirklich ein Geschäft aus ihrem Zeitungsunternehmen zu machen. Um den Gewerkschaften mehr gerecht zu werden, ist der Gedanke der Behandlung von gewerkschaftlichen Aktionen im Leitartikel zu unterstützen. Andererseits ist es notwendig, den Parteiorganen einen größeren Leserkreis zu schaffen.

In der lebhaften Diskussion wurde vor allen Dingen die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Partei- und Gewerkschaftsredakteuren einerseits und zwischen den Lokalredaktionen und den örtlichen Gewerkschaften andererseits hervorgehoben. Auch diese Konferenz zeige die Notwendigkeit solcher Ausprägungen. Goering vom AFA-Bund bezeichnet das Zusammenarbeiten zwischen der Angestelltenpresse und der Parteipresse als ein gutes. Dagegen wies Raloff (Hannover) auf die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsangehörigen und Parteipresse hin. Dittmer (Gesamt-Verband) betont die völlig unzulängliche Mitarbeit im Kampf um die öffentliche Wirtschaft. Die gewerkschaftlichen Bemühungen bei den Lohnarbeitsverhandlungen, eine Arbeitszeitverkürzung anstatt Lohnabbau zu erreichen, müssen noch besser von der Parteipresse unterstützt werden. Ein Extrabeitrag für die Parteipresse ist aus verschiedensten Gründen abzulehnen.

Schöppflin („Märkische Abendpost“) verlangt in der Parteipresse mehr Berücksichtigung gegenüber den Gewerkschaftsfragen und unterstützt den Gedanken, daß größere Aktionen in den Gewerkschaften unbedingt auch auf der ersten Seite der Zeitung zu bringen sind. Gegenüber dem WTB. (Wolffs Telegraphenbüro) erhebt er den Vorwurf, daß die Presse mit Tendenzberichten versorgt wird. Wiederholt ist die Feststellung getroffen worden, daß nationalsozialistische Aktionen durch das WTB. in großer Aufmachung verbreitet werden, während solche von sozialdemokratischer Seite kaum Erwähnung finden.

Kummer (Metallarbeiter-Verband) wünscht sowohl in der Partei- wie in der Gewerkschaftspresse mehr Lebendigkeit. Er lehnt ebenfalls den Gedanken des belgischen Systems ab und glaubt nicht, daß sich das Zwangsabonnement der Parteipresse durch die Gewerkschaften in die Tat umsetzen läßt. Er unterstützt die Notwendigkeit der Ausgestaltung der Gewerkschaftspresse zum Familienblatt.

Saube („Leipziger Volkszeitung“) hält ein einheitliches Vorgehen gegen das WTB. wegen der einseitigen Berichterstattung für notwendig.

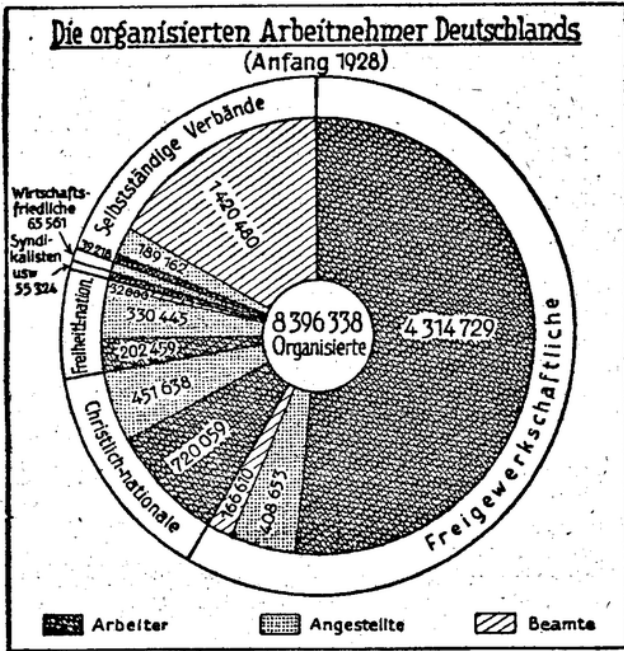
In einem kurzen Schlusswort der Referenten wird die Notwendigkeit betätigter gemeinsamer Konferenzen anerkannt, um die Partei- und Gewerkschaftspresse im Interesse der Arbeiterbewegung zu einem gewaltigen Sprachrohr der Öffentlichkeit werden zu lassen.



# Die Berufsverbände in der Statistik

I.

1. Die Arbeiter-Gewerkschaften. Das Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich für 1930 gibt einen interessanten Überblick über die Verbände der deutschen Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen. Wir wollen zunächst einen Überblick über die deutsche Gewerkschaftsbewegung geben. Das nachfolgende Bild veranschaulicht die organisierten Arbeitnehmer Deutschlands zu Anfang des Jahres 1928.



Daraus ergibt sich, daß Anfang 1928 freigewerkschaftlich organisiert waren: 4 889 992 (1929: 5 465 102); christlich-national 1 171 697, freiheitlich-national 564 904, syndikalistisch-kommunistisch 55 324, wirtschaftsfriedlich 65 561 und in selbstständigen Verbänden 1 648 860 (darunter 1 420 480 Beamte).

Die Gesamtzahl der in Arbeitnehmerverbänden organisierten Beamten, Angestellten und Arbeiter betrug nach der letzten Erhebung Anfang 1929 rund 9 Millionen; davon entfielen etwa zwei Drittel auf die Arbeiter, nämlich 5,85 Millionen und etwa je ein Sechstel auf Angestellte und Beamte. Der Rückgang der Organisiertenzahl, der in der Zeit der Währungserrüttung eintrat, ist bis jetzt noch nicht wettgemacht worden. Zu berücksichtigen ist bei der Beurteilung der Zahl der organisierten Arbeitnehmer der Umstand, daß die von den Berufsverbänden erreichten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht nur den Mitgliedern der Organisationen zugute kommen, sondern zum großen Teil auch den Unorganisierten.

Der Anteil der Frauen an der Zahl der Organisierten ist niedriger als der Anteil der Frauen an der gesamten Arbeitnehmererschaft. Bei der Berufszählung 1925 wurden 14,4 Millionen Lohnarbeiter gezählt, darunter 3,5 Millionen Arbeiterinnen oder 24 Proz., während unter den 5,27 Millionen Angestellten und Beamten 1,44 Millionen weiblich waren, also 27 Proz. Anfang 1929 aber waren unter den organisierten 5 848 900 Arbeitern 4 641 500 Männer = 84,5 Proz. und 907 400 Frauen = 15,5 Proz. und unter den 1 556 600 Angestellten 1 245 000 Männer = 80 Proz. und 311 000 Frauen = 20 Proz.

Die Frage nach dem Verhältnis der Zahl der Organisierten zu der Gesamtzahl aller Arbeitnehmer war in der letzten Erhebung des Statistischen Reichsamts durch Heranziehung der Ergebnisse der Berufszählung vom Juni 1925 beantwortet worden, weil die beiden Erhebungzeitpunkte damals nahe beieinander lagen. Die Veränderungen in der Zahl der Erwerbstätigen seit 1925 lassen es zweckmäßiger erscheinen, den Vergleichsmaßstab nicht der Berufszählung, sondern den Kreis der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Arbeitnehmer zu entnehmen. Anfang 1929 waren rund 17 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die organisierten 7,48 Millionen Arbeiter und Angestellten erreichten 44 Proz. des Gesamtkreises der gegen

Arbeitslosigkeit Versicherten. Mehr als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten gehören also einem Verband, der ihre beruflichen Interessen vertritt, nicht an.

Unter den Organisationsgruppen der Arbeiter stehen die freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände weitaus an erster Stelle, aber auch die in beträchtlichem Abstände folgenden beiden gewerkschaftlichen Richtungen, die christliche und die Hirsch-Duncker'sche Arbeiterbewegung übertreffen die übrigen Gruppen erheblich. Für diese Gruppen von Arbeiterverbänden, nämlich für die Verbände kommunistischer Richtungen, die wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen und die sonstigen selbständigen Arbeiterorganisationen läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, welche zahlenmäßige Verbreitung sie unter der Arbeiterschaft gefunden haben.

Der Anteil der weiblichen Organisierten ist bei den freien und christlichen Gewerkschaften gleich groß; bei den Industrieverbänden kommunistischer Richtung sind die Mitglieder fast ausschließlich Männer; die konfessionellen Vereine, die die Interessen der Arbeitnehmer mit gewerkschaftlichen Mitteln vertreten, haben dagegen überwiegend weibliche Mitglieder. Im übrigen gibt die folgende Tabelle den Mitgliederbestand der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen wieder.

Anfang 1929 waren organisiert	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter	Insgesamt
Freigewerkschaftlich . . . . .	4 127 281	739 645	4 866 926
Christlich national . . . . .	639 714	124 129	763 843
Freiheitlich-national . . . . .	190 905	13 239	204 144
In kommunistischen Richtungen . . . . .	68 100	3 750	71 850
Wirtschaftsfriedlich . . . . .	—	—	—
In selbstständigen Verbänden . . . . .	16 124	26 678	42 802
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>5 042 124</b>	<b>907 441</b>	<b>5 949 565</b>

Die Entwicklung des Spitzenverbandes der freien Gewerkschaften, des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, sei in Durchschnittsmittgliederzahlen der letzten Jahre im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr dargestellt: Im Jahre 1913: 2 573 700 Mitglieder; 1924: 4 618 400 Mitglieder; 1925: 4 156 400 Mitglieder; 1926: 3 977 300 Mitglieder; 1927: 4 150 100 Mitglieder; 1928: 4 653 600 Mitglieder; 1929: 4 906 200 Mitglieder.

Die rückläufige Bewegung, die im Krisenjahr 1926 eintrat, ist, trotzdem die wirtschaftlichen und allgemeinen Entwicklungsbedingungen nicht günstig waren, überwunden worden. Die Jahre 1927 und 1928 haben eine steigende, erst in der letzten Hälfte 1928 sich verlangsamende Aufwärtsbewegung des Mitgliederbestandes gebracht. Seit Sommer 1926 gewann der ADGB bis Ende 1928 981 382 Mitglieder.

Die Steigerung der Einnahmen war noch größer. Sie stiegen z. B. 1928 um 22 Proz., während die Mitgliederzahl nur um 12 Proz. sich erhöhte. Insgesamt betragen in 1928 die Einnahmen 221,07 Millionen Mark, die Ausgaben 189,4 Millionen Mark, 1929 dagegen die Einnahmen 251,4 Millionen Mark und die Ausgaben 203,7 Millionen Mark.

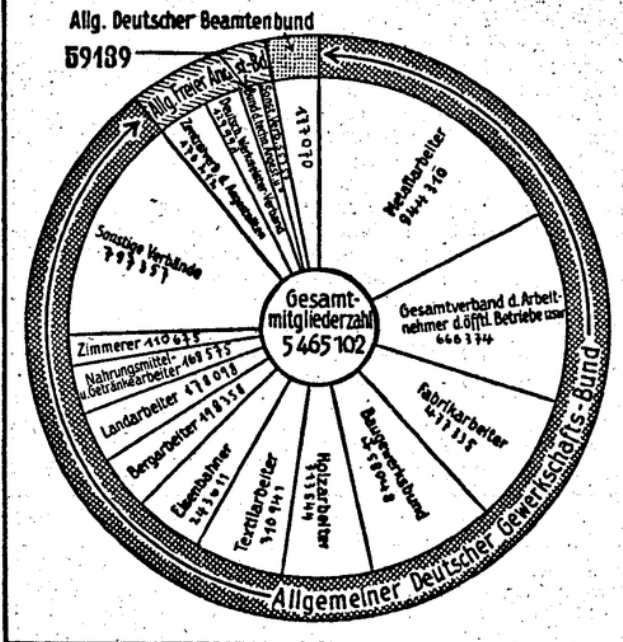
In den drei Jahren 1926 bis 1928 entfielen an Aufwendungen auf:

Ausgaben für	1928		1927		1926	
	In Tausend Mark	In Prozent	In Tausend Mark	In Prozent	In Tausend Mark	In Prozent
Unterstützungen . . . . .	62 540,8	33,0	40 966,0	31,6	62 064,3	45,8
Arbeitskämpfe . . . . .	32 224,4	17,0	11 358,3	8,8	6 100,8	4,5
Verbandsorgane, Bildungszwecke . . . . .	11 865,3	6,3	8 834,1	6,8	7 116,3	5,3
Agitation und Organisation . . . . .	18 667,7	9,9	15 964,2	12,3	21 653,0	16,0
Sonstiges . . . . .	11 873,7	6,3	9 143,7	7,1	—	—
Verwaltung . . . . .	52 192,0	27,6	43 197,6	33,4	38 595,6	28,4
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>189 363,9</b>	<b>100</b>	<b>129 463,9</b>	<b>100</b>	<b>135 530,0</b>	<b>100</b>

Die gesamte freigewerkschaftliche Bewegung in Deutschland geht aus dem auf Spalte 119 folgendem Bilde hervor.

Beim ADGB sind die 11 größten Organisationen, die über 100 000 Mitglieder haben, einzeln aufgeführt. Bei unserem Gesamt-Verband ist zu beachten, daß der heutige Mitgliederbestand rund 700 000 beträgt. Unter den sonstigen Verbänden sind die 20 kleineren Organisationen, die unter 100 000 Mitglieder haben, zu verstehen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund ist mit seinem Gesamtbestand von 177 070 Mitgliedern aufgeführt, ohne in einzelne Organisationen zergliedert zu sein, während bei dem

### Die Organisation der freien Gewerkschaften (Anfang 1929)



AFB-Bund nur die drei größten Organisationen einzeln aufgeführt und unter den sonstigen Verbänden die Organisationen mit Mitgliedern unter 50 000 zusammengezählt sind

Die christlichen Gewerkschaften haben unter den Arbeitern nicht so stark an Boden gewonnen wie bei den Angestellten. Die freigewerkschaftliche Bewegung umfaßt etwa sechsmal soviel Ar-

beiter als die christlichen Gewerkschaften. Dagegen sind bei den Angestellten beide Richtungen etwa gleich stark. Die Gesamtzahl der Mitglieder in den Arbeiterverbänden stieg von 653 500 zu Anfang 1927 auf 720 000 Anfang 1928 und auf 764 000 Anfang 1929. Der nach der rückläufigen Mitgliederbewegung 1923 bis 1924 einsetzende Wiederaufstieg wurde bei den christlichen Gewerkschaften bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 wieder unterbrochen. Erst im Jahre 1926 hat dann wieder ein Mitgliederzuwachs eingesetzt. Auch bei den christlichen Gewerkschaften sind die Einnahmen im Verhältnis stärker als die Mitgliederzahl gewachsen, aber im Jahre 1928 war die Ausgabenzunahme noch stärker.

Die Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Düncker) nennen sich den „freiheitslich-nationalen“ Flügel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Auch sie haben in bezug auf die Entwicklung ihrer Mitgliederzahl mit den freien Gewerkschaften nicht Schritt halten können. Die Mitgliederzahl ihrer Arbeiterverbände betrug im Jahre 1929 168 700; wenn man die Arbeitermitglieder im Allgemeinen Eisenbahner-Verband hinzuzählt, wird die Gesamtzahl von 204 100 erreicht. Aber die sieben Angestelltenverbände, die ebenfalls dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zugehören, weisen etwa 360 000 Mitglieder auf, während an Beamten 12 000 gezählt werden.

Die Arbeiterverbände kommunistischer Richtung stellen keine einheitliche Bewegung dar. Die „revolutionären“ Industrierverbände haben 1927 im „Bund revolutionärer Industrierverbände“ eine festere Form angenommen. Alle angegebenen Zahlen sind aber mit größter Vorsicht zu genießen. Ingesamt werden 1927 rund 55 000, 1928 35 000 und 1929 54 850 Mitglieder angegeben.

Die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterverbände haben dem Statistischen Reichsamt über den Stand im Jahre 1929 keinerlei Angaben gemacht. Auf Umfragen genannte Zahlen sind stets und wohl mit Recht anzuzweifeln. 1929 kam eine „Kampfgemeinschaft wirtschaftsfriedlicher Arbeitnehmerverbände“ zustande, deren Ziel dahin geht, die Gleichstellung mit den Gewerkschaften bei der Berufsvertretung und Arbeitsgesetzgebung zu erlangen.

Die sonstigen Arbeiterverbände, darunter die konfessionellen Arbeitervereine und dergleichen verfügen über so geringe Mitgliederzahlen, daß ihnen keine Bedeutung beizumessen ist.

## Entschädigung von Angestellten und Arbeitern bei Betriebsübergang oder Betriebsauschlachtung

Seit Jahren sind zahlreiche Fälle zu verzeichnen, die sich neuerdings in bedrohlicher Weise mehren, daß infolge der fortschreitenden Kartellierung der deutschen Industrie Betriebe den Arbeitgeber wechseln, indem der Betrieb zusammen mit der Erzeugungsquote des Betriebes an ein anderes Unternehmen derselben Industrie verkauft wird. Der bisherige Betrieb kommt dann entweder zum Erliegen und wird ausgeschlachtet, oder — soweit der Betrieb von dem neuen Arbeitgeber übernommen wird — wird er bei dieser Gelegenheit gleichzeitig von den sozialen Belastungen ausgekämmt. Arbeiter, die langjährig im Betriebe tätig waren, werden vom neuen Arbeitgeber nicht übernommen. Betriebsräte, die durch ihre Betriebserfahrung für den Betrieb lästig geworden sind, werden ebenfalls nicht übernommen. Auf diese Weise werden mit einem Schlag die sozialen Rechte beseitigt, die für die Belegschaftsangehörigen in den §§ 94 ff. des Betriebsrätegesetzes und für die Betriebsvertretungsmitglieder in den §§ 96/97 des Betriebsrätegesetzes enthalten sind. Bei einer derartigen Betriebsauschlachtung oder einem derartigen Betriebsübergang erhält der Unternehmer, der seinen Betrieb verkauft, meist einen sehr hohen Kaufpreis. Diesfach, wenn die Erzeugungsquote mit dem Betrieb verkauft wird, auch noch eine besondere, oft in die Millionen Mark gehende Abfindung. Diese hohen Abfindungen belasten dann in unproduktiver Weise die deutsche Wirtschaft. Bei alledem gehen die Arbeiter vollkommen leer aus. Sie werden der Arbeitslosigkeit überliefert. Ihre gesetzlichen Rechte gehen verloren.

Aus allen diesen Gründen haben sich die Gewerkschaften entschlossen, an den Reichstag mit nachstehendem Gesetzentwurf heranzutreten, um, wenn auch nicht alle, so doch die hauptsächlichsten Nachteile für die Arbeiter bei solchen Betriebsverkäufen zu beseitigen. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat den Gesetzentwurf am 3. Februar 1931 als Initiativantrag Nr. 685 im Reichstag eingebracht. Bei der Beratung dieses Antrages im Plenum des Reichstages wird es sich zeigen müssen, welche Parteien berechnigte Arbeiterforderungen vertreten und welche Parteien den Arbeiterrechten feindlich gegen-

überstehen. Für die Arbeiterklasse selbst ist jedoch dieses Vorgehen der Gewerkschaften zur Wahrnehmung berechtigter Arbeiterinteressen ein erneuter Anlaß, alle Kräfte einzusetzen, um die Macht der Gewerkschaften zu stärken. Der Gesetzentwurf lautet:

- § 1. Die folgenden Bestimmungen gelten für den Fall, daß ein Gewerbe, oder Handels-, oder öffentlicher Betrieb oder eine selbständige Abteilung eines solchen, vorausgesetzt, daß darin seit dem 1. Juli 1930 mehr als 20 Personen beschäftigt waren, von einem neuen Arbeitgeber übernommen oder ganz oder teilweise stillgelegt wird, während das damit verbundene Recht auf Erzeugung, mag es quotenmäßig oder in einer Betriebsgröße oder sonstwie festgelegt sein, oder seine Aufträge oder seine Kundenschaft auf einen anderen Arbeitgeber übergehen.
- § 2. Werden im Falle des § 1 Angestellte oder Arbeiter entlassen, so haben sie, unbeschadet anderer Rechtsansprüche, einen Anspruch auf Entschädigung.
- § 3. Für die Entschädigung haftet der Arbeitgeber, aus dessen Diensten der Angestellte oder Arbeiter im Falle des § 1 ausgeschieden ist. Neben ihm tritt als Gesamtschuldner derjenige, dem der Betrieb, die selbständige Betriebsabteilung oder Betriebsrechte im Sinne des § 1 übertragen sind.
- § 4. Die Entschädigung beträgt für die ersten 13 Wochen 80 Proz. des Verdienstes, den der Berechnigte nach dem Durchschnitt der letzten vier vollen Arbeitswochen vor der Betriebsauschlachtung oder dem Betriebsübergang erzielt hatte; in den zweiten 13 Wochen 60 Proz. dieses Verdienstes. — Während dieser Zeit erzielter anderwertiger Verdienst ist auf die zu zahlende Entschädigung zur Hälfte anzurechnen.
- § 5. Der § 113 Abs. 1 Ziffer 3, Abs. 2 und Abs. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung findet entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß die Entschädigung in Höhe von 80 bzw. 60 Proz. des Verdienstes gleichzeitig die Höhe eines Tagesverdienstes bildet, das der Arbeitslose für die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden beziehen würde, wenn er aus seiner Arbeitsstelle nicht ausgeschieden wäre.
- § 6. Für die Geltendmachung von Ansprüchen aus diesem Gesetz sind die Arbeitsgerichtsbehörden zuständig.
- § 7. Durch Verfügung des Vorsitzenden des Arbeitsgerichts kann den gemäß § 3 Verpflichteten eine Sicherheitsleistung in Höhe der Forderungen der Berechnigten auferlegt werden, die gegen die Forderungsmittel haftet.
- § 8. Dieses Gesetz tritt am 1. Februar 1931 in Kraft.



## Musik

## Zu Mozarts 175. Geburtstag

Die politischen und wirtschaftlichen Wirrnisse unserer Zeit machen sich auch auf den verschiedensten Kunstgebieten deutlich bemerkbar. Die neue tonale Musik (d. h. ohne feste Einfügung in das bisherige Notensystem und die Harmonie) klingt für viele Arbeiter als „fremdartiges Geräusch mit Musikeinschlag“. Nur der Jazz mit seiner Schlagermusik hat es verstanden, sich auch bei den Massen durchzusetzen. Insbesondere dank seiner genialen mannigfaltigen Instrumentation, seiner oftmals irgendwo entwendeten einfachen Melodie und — trotz seines meist blöden Textes. Aber daneben bleibt in der klassischen Musik besonders für den musikalisch weniger geschulten die quersüßliche Musik Mozarts ein ewiges Cabal. Hier können weiteste Volkskreise mitempfinden und es gibt neben dem harmoniefeligen Franz Schubert wohl keinen Komponisten, der so stark auf uns wirkt infolge seiner klaren, scheinbar einfachen und doch so geschmackvoll-musikalischen Linie wie Wolfgang Amadeus Mozart. Ihn hat das große Musikverelend seiner Zeit nicht untergeklärt und ob in der „Zauberflöte“ oder in einer seiner wunderbaren Sinfonien, Sonaten und Klavierkonzerte: Mozart bleibt frisch, fröhlich und jedem verständlich. So kann man heute geradezu von einer Mozart-Erneuerung sprechen und besonders in der Hausmusik wird er stets unentbehrlich bleiben. — Sonderbar und eigentlich beschämend, daß es im Grunde gewisser dezimaler Zahlenverbindungen bedarf, um sich eines großen Menschen zu erinnern. Und doch nur natürlich, wenn diese äußeren Anlässe dazu benutzt werden müssen, um einen halbvergessenen plötzlich ins Blickfeld der Allgemeinheit zurückzustellen. Es sind ihrer zu viele, um sie alle gegenwärtig zu haben; da ist ein fünfzigster Todestag, ein zweihundertster Geburtstag eben recht, ein „Erinnert euch“ zu rufen. Nun, bei Mozart ist diese Fansare unnötig. Der Name lebt in uns Deutschen. Wen gibt es unter uns, der noch keinen Takt seiner Musik gehört hätte? So wird das Mozart-Jahr, das am 27. Januar 1931 seinen Anfang genommen hat und das mit dem 5. Dezember zu Ende geht, dieses Jahr zwischen dem 175. Geburts- und dem 140. Todestag, für keinen fernen Meister, für keinen Vergessenen. Und die Feiern zum Geburtstag in Salzburg, in Wien, in ganz Oesterreich, ganz Deutschland, in der Welt sind nicht Erinnerung. Sie sind Bekenntnis, sind der Dank einer Zeit, die sich wieder heimfindet zu dieser seligen Melodie, zu dieser reinsten, höchsten Kunst. — Ist es nötig, das Leben zu erzählen? Geboren in Salzburg, Wunderkind, früh berühmt. Mit zehn Jahren Opernkomponist, viel früher schon konzertierender Künstler. Mit vierzehn vom Papst als Ritter vom Goldenen Sporn ausgezeichnet. „Cavaliere Mozart“ und Mitglied der hohen Bolognaer Akademie. Verhäßter und endlich aufgegebener Dienst beim Salzburger Erzbischof, Freier Künstler in Wien. Ehe mit einer Frau, die ihn im Innersten nicht versteht. Leben zwischen dem Höhenflug eines unbeschreiblichen Schaffens, dieser platten Ehe und bürgerlichen Freuden. Anerkennung als Komponist, mehr in Prag als in Wien. Im Grunde, im letzten doch unverstanden. Hunger, Sorge, Armenbegräbnis und Massengrab sind das Ende.

Mozart, Salzburger Kind, empfängt sein Melos ursprünglich aus Italien. Er föhrt aus ihm die deutsche Oper. Mozart, im Rokoko geboren, durchdringt die Musik seiner Zeit mit seiner Persönlichkeit, mit seinem Genie, seinem Schmerz, mit dem ganzen Ueberschwang eines heißen Herzens. Aber nicht im formsprengenden Ausleben und Ausdeuten des Empfindens, des Fühlens, wie es nach ihm die Romantik tun wird. Er sagt alles, was ein Mensch, ein Künstler sagen kann, aber er sagt es in der strengen Bindung an die klare Form. So bleiben auch die von Leidenschaften durchglühenden Werke, der dämonische Don Giovanni, die in erotischen Schauern vibrierende Figaromusik, strenge, „absolute“, formale Kunst. Da wird auch die Leidenschaft nicht zum „Musik-

drama“; auch der heftigste Affekt ergibt ein Musikgebilde von kristallener Klarheit, von tiefster, man möchte sagen geometrischer Gesetzmäßigkeit. — Dabei ist alles, alles gesungen. Jeder Takt ist aus der Menschenstimme gewachsen, jedes Orchesterinstrument gibt Gesang, menschlichen Gesang. Nach Mozart beginnt die Herrschaft des Orchesters. Im Grunde der Kampf der Instrumentalmusik gegen die Stimme. Die Auflösung der Form: fast anderthalb Jahrhunderte lang, zu sinfonischen Dichtungen, zu Musikdramen, zu einer unerträglichen orchestralen Zwangsherrschaft. Mozart ist der letzte Meister der reinen Form. Der letzte und der größte Meister des ewigen Gesanges. — Warum gerade dies aus der unerschöpflichen Vielfalt der Erscheinung Mozart gesagt ist? Weil wir heute



Wolfgang Amadeus Mozart (1756-1791)

aus einem musikalischen Chaos wieder nach der Klarheit suchen. Weil wir uns heute aus der Ungebundenheit wieder nach der Gesetzmäßigkeit der Kunst sehnen. Aus dem Riesenorchester zum Gesang. Aus den brutalen Leidenschaften zur reinen, zur beglückenden, zur aufwärtsführenden Musik. So finden wir zu Mozart heim, zur Freude, zur Schönheit, zur Einfachheit. Uns wurde bislang kein neuer Mozart. Aber wir haben unseren alten, ewig jungen Mozart wiedergefunden. Gerade heute, wo wir am Ende zu stehen scheinen. Wir glauben an Bach und Mozart! — So schauen wir nach Salzburg, nach Wien, wo dieses Leben Anfang und Ende fand, so blicken zwei Völker, Deutschland und Oesterreich, zu ihrem größten Kinder einer reinen Kunst und eines reinen Menschentums. So gehen wir ins Mozart-Jahr voller Dank und werden geführt von Mozarts strömender, himmelnaher Melodie, von Mozarts strahlender Helligkeit. Zwei Völker, die im Grunde eins sind, Deutschland und Oesterreich, tragen den Namen Mozart vor sich her, und über ein trostloses und verzweifelt heute gießt sein Genius Melodie, Trost und Hoffnung, Glaube und Gewißheit an ein Morgen. Offenbach fragte Rossini: „Was denken Sie von Beethoven?“ — „Der ist der erste aller Musiker.“ — „Und Mozart?“ — „Der ist der einzige!“ Dr. A. K. Henschel.

## Musik

Kein Wert geht in der Welt verloren; er ändert höchstens einmal seinen inneren Aggregatzustand oder verschwindet als Keim hinter der Frucht, für die er lebte. Ein biologisches Grundgesetz waltet vor; der Mensch, dem Musik Tiefes und Höheres bedeutet als Nervenerregung, macht in seiner Stellung zur Kunst eine Entwicklung durch, die jener Entwicklung im Großen ähnelt, die in Jahrhunderten die Kunst selbst durchläuft. Die Stationen gipfeln sich nicht immer, sie gleiten nicht organisch ineinander, es gibt ein anachronisches Hin und Her, Vor und Zurück; aber einmal hält jeder beim klassischen Stil, ein andermal bei der Sehnsucht zur Vorklassik, zur Romantik; bald hat ihn, übersättigt oder allzu überzeugt, das Problematische der Zeitgebundenheit gepackt, bald die veristitische Hitzewelle, bald das musikdramatische Gesamtkunstwerk. Tausende halten hier, Tausende dort. Alter, Erziehung, Milieu, Begabung und Konstitution, auch die vorhandenen oder unerreichbaren Möglichkeiten der äußeren Kontrolle durch das wirkliche Theater selbst modeln, stärken, richten den Geschmackscharakter. Die neue Generation, heiße sie nun Jugend oder Arbeitererschaft, passiert alle Wege der Kunst, die Alter und Bürgerum etwa schon hinter sich gelassen haben. Und immer wieder sind Richtungszeiger zu sehen, an denen sich die Wege, uneinheitlich und uneben, zu kreuzen scheinen. Es ist zu verstehen, oder es muß doch verstanden werden, daß erst auf der Höhe der Reifung der künstlerische Mensch endlich das wesentliche Dogma seiner Musikreligion, den echten Ring, gefunden hat. Ihn paßt er allen Erlebnisformen an, die ihm einen Wert, ein Glied der Einswerdung von Vorstellung und Erfüllung zu bilden scheinen. Hier beginnt der Fanatismus, der Schwur auf das Einmalige, Höchste. Diesen Inbegriff des aufrüttelnden Kunsterlebnisses nennt der eine Bach oder Beethoven, der zweite Mozart oder Wagner, der dritte alles, was sich revolutionär gegen die Geleße des Jahrhunderts stemmt. Kurt Singer i. „Blätter der Staatsoper“.

## Volkslied und Arbeiterschaft

So mancher unserer Leser wird geneigt sein, in dieser Zeit des Elends und Mißvergnügens das Singen ganz abzulehnen. Aber die Beobachtung in den Großstädten zeigt für die Masse der arbeitenden Bevölkerung doch ein völlig anderes Bild. Wohl nie zuvor ist soviel Musik „konsumiert“ worden als in den letzten 2 bis 3 Jahren. Gewiß war mitentscheidend die allgemeine Verbreitung des Radios mit nunmehr fast 3½ Millionen deutschen Teilnehmern (= 12 bis 15 Millionen Hörern!). Ebenso hat das Grammophon eine ungeahnte Ausdehnung auch in Arbeiterkreisen gefunden. Vielleicht kann man sogar sagen, daß diese „Geräuschkunst“ in manchen Wohnungen (infolge der Rückwärtslosigkeit der Grammophonbesitzer) sich zur Plage ausgewachsen hat. Dazu kommt, es wird nachgerade nicht nur in allen Cafés und Restaurants der Großstädte Musik gemacht, sondern auch die Hausmusik ist beileibe noch nicht ausgestorben. Aber sie ist erheblich im Rückgang begriffen. Das halten wir für außerordentlich bedauerlich. Wollte man den Gründen für die aktive Betätigung in der Musik der breiten Massen des Volkes nachgehen, so wird ohne Zweifel eine erhebliche Schuld der Schule beizumessen sein. Den Hauptanteil an der wachsenden Passivität in bezug auf das Singen, insbesondere des Volksliedes, hat ohne Zweifel die Volksschule der Vorkriegszeit verschuldet mit dem berühmten „Achtzig-Kirchenliederbuch“ und einer bestimmten Serie patriotisch-dynastischer Lieder. Denn das war in der Regel das „Pen sum“ des Gesangsunterrichts von 6 bis 14 Jahren. Die Großstadteltern mit ihrer politisch-weltanschaulich oftmals völlig anders gerichteten Auffassung waren zumeist nicht sehr erbauet von dem, was die Kinder in der Schule nun als Liedgut mitbrachten. So ist es erklärlich, daß auch den Kindern das ganze Singen überhaupt verleidet wurde. Gewiß traf das nicht für ganz Deutschland in gleichem Maße zu. Württemberg und andere Teile Süddeutschlands haben sich von jeher einen schönen Liederschatz leicht singbarer Volkslieder erhalten und ihn auch bei Ausflügen und Wanderungen gepflegt. Anders in Norddeutschland. Hier war in der Tat eine richtige Ebbe eingetreten. Erst um 1910 herum, als die Wandervogelbewegung gewaltig einsetzte, kam auch das Volkslied wieder aktiv zur Anwendung. Man grub alte Handwerks- und Landknechtslieder aus und auch Ritterromantik wurde mit herangezogen. Viel schönes Liedgut wurde um diese Zeit aus dem 15. und 16. Jahrhundert wieder neu entdeckt. Die Gitarre als Begleitungsinstrument kam zu hohen Ehren und im fröhlichen Kreise der Jugendwanderer sang man Schnurren, Handwerkslieder und Balladen sowohl im Einzel- als auch im Chor. Auch die Arbeiterjugend hat lange Zeit in der Hauptsache diese Wanderromantik mit besungen.

In der Nachkriegszeit setzte dann der Auftakt ein für soziale Kampflieder, die insbesondere durch die Arbeiterjugend gefördert und gepflegt worden sind. Viel davon hatte volksliedmäßigen Charakter. In dem Jugendliederbuch von Böse, das unserer wandernden Jugend dringend empfohlen werden muß, sind die meisten dieser Lieder auch im Notensatz abgedruckt.

Mittlerweile kam mehr Systematik in das aktive Singen und Musizieren. In erster Linie durch Professor Fritz Jöde und durch die Gründung von Volksmusikschulen. Der verdienstvolle Verlag von Georg Kallmeyer, Berlin-Wolfenbüttel, hat ein ungeheures Material ausgebreitet auf diesem Gebiet und ist noch immer sehr rührig, dieses alte und neue Liedgut zu ergänzen.

Auch die Arbeiter-Gesangvereine, insbesondere soweit sie gemischte Chöre sind und Jugenchöre, haben in erheblichem Maße die aktive Musik fördern können. Aber auch bei ihnen hat sich erst in den Nachkriegsjahren eine wesentliche Vorwärtswicklung angebahnt. Viel lag an dem unzureichenden Liedgut und den zum Teil völlig veralteten Satz der meisten Volkslieder, die auf diese Weise „nicht singbar“ waren, weil sie „nicht klingen“!

Es fehlte indessen noch immer bis vor kurzer Zeit der eigentliche Untergrund: der Aufbau schöner, alter und neuer Volkslieder für die Schule. Nun hat der bekannte Musikverlag C. F. Peters in Leipzig ein „Volksliederbuch für die Jugend“ (Volksliederbuch für die Jugend. Herausgegeben von der staatlichen Kommission für das Volksliederbuch, von dem Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. 14 Hefte, je 115 S. Musikverlag C. F. Peters, Leipzig. Preis pro Heft 1,50 Mk. Preis der 4 Bände des ganzen Werkes 29 Mk.) herausgebracht, das wohl als das umfassendste bezeichnet werden muß und insbesondere für die Schulen (sowohl Grundschulen als auch

höhere und Aufbauschulen) gute Verwendung finden kann. Der bekannte Professor Max Friedländer, der ein unermüdetlicher Forscher und Verbreiter des deutschen Volksliedes ist und schon in zahlreichen Vorträgen bei der organisierten Arbeiterschaft für das neue Volkslied Propaganda gemacht hat, war auch der Vorsitzende der staatlichen Kommission für das Volksliederbuch. Er weist in einem besonderen Vorwort darauf hin, daß das neue Werk ein völlig neues Unternehmen ist. Es erfreut sich der Unterstützung zahlreicher hervorragender Musiker und Schulumusiklehrer Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz und Hollands. Schon durch diese international breite Basis ist die überpatriotische Note der früheren Liederbücher glücklich vermieden worden. Aber das neue Werk ist nicht nur zum Singen da, sondern da die Noten größtenteils als Partitur gegeben werden, ist es sowohl als Gesang wie auch Instrumentalmusik zu verwerten. Friedländer betont, daß das Werk die Absicht habe, den Mittelpunkt des gesamten Musiklebens der Jugend zu bilden, insbesondere die Verbindung zwischen Schule und Hausmusik herzustellen, um so zum Lebensbuch der Jugend zu werden. Ehe dieses Ziel erreicht werden kann, werden natürlich viele Jahre ins Land gehen; denn die Schullehrer alten Stils in den Grundschulen (früher Volksschulen) werden sehr schwer abzubringen sein von ihrem alten Dreh. Mit der bloßen Empfehlung des Ministeriums bringt man insbesondere auf den Dörfern und in den Kleinstädten noch lange nicht die eingedrückte „Seminaristenmusik“ weg. Es ist aber zu erwarten, daß eine neue Generation von Junglehrern sich sehr schnell umstellt, so daß auch unsere Kinder zum mindesten nicht mehr so viele weltanschaulich ihnen fremde und abzulehnende Lieder lernen müssen auf Kosten des schönen Volksliedes aus alter und neuer Zeit. In dem Werk wird (sowohl unbegleitet wie begleitet) Volksmusik in den verschiedensten Formen gezeigt.

Natürlich kann die neuzeitliche Pflege des Volksliedes nicht nur als Schul-, Jugend- und Hausmusik gedeihen, sondern auch die Chorvereinigungen der Arbeiterschaft werden sehr viel Material aus dieser fundamentalen neuen Sammlung entnehmen können. Sowohl für zwei-, drei- und vierstimmige Frauen- und Männerchöre als auch für gemischte Chöre. Die begleitenden Instrumentalstimmen sind meist vereinfacht und auch auf die Begrenzung des Tonumfangs in jugendlichen Stimmen ist Rücksicht genommen worden. Wenn man bedenkt, daß von den achtzehnter Liedern aller vier Bände die größere Hälfte neue schöne Sätze von den bedeutendsten deutschen Komponisten unserer Zeit enthält, die eigens für das Werk geschaffen sind, so ist daraus allein zu erkennen, welche Bedeutung das ganze Werk hat. Daß sehr viel neues Liedgut in diesem großen Standardwerk enthalten ist, geht auch daraus hervor, daß noch nicht der zwanzigste Teil in irgendeiner Sammlung bisher veröffentlicht wurde! Dabei sind sowohl die alten Stilarten, wie Hasler, Palestrina und Cassus, berücksichtigt, wie Klassiker Bach, Haydn, Mozart und Beethoven, bis zu den neuen Romantikern Brahms, Reger, Schönberg und Hindemith. Eine interessante und wichtige Betrachtung im Vorwort ist für unsere Gegenwart in der Tat nicht von der Hand zu weisen: Es hat keinen Sinn in dieser Zeit, da ohnehin die wirtschaftlichen Verhältnisse den Menschen schwer niederdrücken und die Erinnerungen an den fürchterlichen Weltkrieg ohnehin noch sehr stark sind, solche Gesänge dem gesunden Sinn der Jugend zu unterbreiten, die Todessehnsucht und tiefe Trübsal atmen. Es sind also frische, lebensbejahende Lieder in erster Linie für Schüler und Jugend berücksichtigt worden: Natur-, Heimat- und Wanderlieder, aber auch Scherz- und Liebeslieder, wie sie unser Volksliedgut aus alter und neuer Zeit aufweist. So ist unseren Filialbibliotheken insbesondere dort, wo besondere Jugendabteilungen bestehen, die Anschaffung des „Volksliederbuches für die Jugend“ dringend anzuraten...

Mit diesem Werk ist unseres Erachtens der erste Schritt getan, um dem ganzen deutschen Volke das Volkslied wieder nahe-zubringen. Der zweite Schritt, nun in den Schulen Umkehr zu halten und sowohl aus dem Jödeschen Liederschatz wie aus diesem neuen Volksliederbuch für die Jugend das neue Schulumusikprogramm aufzustellen, wird wesentlich schwerer sein.

Wir wollen hoffen, daß unsere Jugend sogar recht bald zum dritten Schritt kommt, nämlich das Volkslied sowohl in stärkerem Maße auf Wanderungen wie auch in der Hausmusik zur Anwendung zu bringen. C. Dittmer



## Musikalische Erziehung unserer Kinder?

Man spricht heute allgemein von einer sportlichen Erziehung der Jugend. Sportfeste und sportliche Veranstaltungen aller Art, Turnen, Schwimmen, Rudern, Bogen, Springen, Fußballspielen gehören sozusagen zum täglichen Bedarf. Es scheint so, als ob die ganze freie Zeit unserer Jugend mit sportlicher Beschäftigung erfüllt ist, ja noch mehr, die Schulprogramme widmen dem Sport jetzt eine verhältnismäßig sehr große Anzahl von Unterrichtsstunden. Das ist alles ganz gut und schön, sagt man sich. Sportliche Betätigung erzieht den Körper, erfrischt den Geist und steigert die Lebensfähigkeit der jungen Generation. Wir leben schließlich in einem Zeitalter des allgemeinen sportlichen Aufschwunges und müssen auch unseren Kindern eine zeitgemäße Erziehung angedeihen lassen. Die alten Griechen haben ja auch so getan. Man denke an die imposanten olympischen Spiele, an die täglichen Kämpfe und sportlichen Uebungen der altgriechischen Jugend, an ihre vorbildliche körperliche, geistige und künstlerische Erziehung! Geistige und künstlerische Erziehung? — Ja. Der antike Grieche legte zwar großes Gewicht auf eine durchgehende körperliche Erziehung, aber noch größere Sorgfalt verwendete er auf die Ausbildung der geistigen und seelischen Fähigkeiten seiner Kinder. Unsere Zeit ist leider sehr weit entfernt von diesem Vorbild. Besonders die Musik als Erziehungs- und Bildungsfaktor wird ganz in den Hintergrund gestellt. Man hört zwar täglich Musik, fertige Musik — sei es durch Radio oder durch die Sprechmaschine. Was wird da nicht alles geboten! Angefangen von den einfachen Volksliedern bis zu den wunderbaren Werken unserer besten und berühmtesten Komponisten. Prominente Künstler, die man sonst nur gelegentlich im Konzertsaal hören kann, spielen oder singen daheim im Grammophon oder im Radio, so oft man will. Unsere Kinder brauchen nicht mehr Musik zu lernen; brauchen nicht mehr ihre Zeit mit aufreibenden und nutzlosen Musikübungen daheim zu vergeuden, sagen manche Eltern. Lieber draußen spielen, turnen, rudern, bogen oder sonst was Vernünftigeres machen — aber Musik? — Das haben sie ja fertig in Hülle und Fülle zu Hause. Das ist eine sehr bequeme Ausrede, die aber an der Tatsache, daß unsere Kinder musikalisch verkümmern, nichts ändert. Niemand würde behaupten wollen, daß die musikalische Kost des Radios oder des Grammophons geeignet für die Aufnahmefähigkeit der Kinder ist. Wie soll sich da Urteil, Geschmack und Verständnis für Musik bilden, wenn man neben den üblichen Schlagern die wunderbaren Werke eines Bach, Beethoven, Wagner oder die Opern Verdis, Puccinis, Strauß' hört? Diese Beispiele haben gezeigt, daß ein solches Durcheinander von Musikstücken, die obendrein auf mechanischem Wege den Kindern übermittelt werden, das musikalische Bewußtsein, das urwüchsige Musikgefühl in ihnen gänzlich abtumpft, ja tötet. Es ist ganz falsch, von einem völlig ahnungslosen, musikalisch unvorbereiteten Kinde eine solche Aufnahmefähigkeit zu verlangen. Wenn man sich sogar die Mühe gibt, den Kindern zu erklären, wann ein Orchester, wann ein Geiger oder Pianist im Radio spielt, wann ein Chor oder Solist singt, wird man mit der musikalischen Erziehung keinen Schritt weiter kommen; denn alle diese Radio- und Grammophonmusik interessiert sie wenig. Sie kann die in ihnen schlummernde Musikalität nicht wecken, auch nicht beleben, weil hier jede unmittelbare seelische Einwirkung fehlt. Das Kind hat bis dahin selten, vielleicht gar nicht Originalmusik gehört und empfunden. Durch die Vernachlässigung der Hausmusik haben auch die Kinder die Gelegenheit verloren, sich musikalisch zu betätigen oder zumindest das natürliche Musizieren kennenzulernen. Wenn auch früher zu Hause nicht immer qualitativ und klanglich gut musiziert wurde, so war dennoch die Freude, das Miterleben bei eigener Wiedergabe eines Musikwerkes sehr groß und unmittelbar.

Unsere Kinder tragen in sich, mehr oder minder stark ausgeprägt, diese Sehnsucht nach Musizieren. Nur fehlt ihnen jetzt die Gelegenheit und die Möglichkeit zu einer musikalischen Äußerung. Der Musikunterricht in der Schule ist so stark beschnitten worden, daß es kaum möglich ist, in den ersten fünf bis sechs Schuljahren den Kindern auch nur die elementarsten Kenntnisse beizubringen. Und was soll ein Kind mit diesen Kenntnissen, wenn es nicht singen und spielen kann? Sehr wenige Schulen haben ihre Schulchöre und Schulorchester, und wenn sie solche haben, sind sie meist nur auf eine sehr geringe Zahl von Schülern beschränkt. Der Musiklehrer hat einfach nicht die Zeit und die Möglichkeit, alle Schüler zu prüfen, zu ermuntern, anzuleiten. Damit hat man früher auch nicht gerechnet, denn die Schüler brachten vielfach von zu Hause eine gewisse musikalische Vorbereitung mit. Denn die Hausmusik existierte seit Jahr-

hundertern in der deutschen Familie und nirgends wurde sie mit einem solchen Eifer und inniger Hingabe gepflegt wie in Deutschland. Vielsach waren einfache Hausinstrumente oder sogar ein Klavier vorhanden. Abends nach den Beschwerclichkeiten der täglichen Arbeit wurde daheim gemächlich musiziert. Die Kinder lernten durch ihre Eltern singen und spielen; sie hatten Gelegenheit, das wahre Wesen der Musik zu empfinden, ihre musikalische Veranlagung auf Exempel zu stellen, sich auszubilden und zu vervollkommen. Es wurde damit auch Unfug getrieben, denn manche Eltern stellten zu große und unberechtigte musikalische Anforderungen an ihre Kinder und plagten sie jahrelang mit technischen Uebungen, ohne jedoch ein greifbares Resultat erzielen zu können. Wenn man von solchen Fällen abieht, kann man wohl sagen, daß der Durchschnittsmensch von gestern ein weit größeres musikalisches Interesse an den Tag legte als der heutige.

Es ist also Pflicht der Eltern, den keimenden Musikgeist ihrer Kinder, und sei er noch so klein, sorgfältig zu pflegen und zu entwickeln. Es ist keine Zeitvergeudung, die Kinder singen und musizieren zu lassen. Im Gegenteil; durch die Verkümmern der musikalischen Kultur verkümmert auch die Seele. Nun gilt es, das Versäumte nachzuholen. Die Jugend selbst ist bereit dazu. Laßt sie in die Volksängerschulen gehen, in Singgemeinden, in Chor- und Orchestervereinigungen eintreten. Solche Bildungsinstitutionen, die den Zweck haben, die musikalische Kultur im Volk zu heben, müssen mit aller Kraft von Eltern und Erziehern unterstützt werden. Das gemeinsame Musizieren der Jugend schafft ja nur Freude und entwickelt das Gemeinschafts- und Kameradschaftsgefühl. Von der musikalischen Erziehung unserer Kinder hängt die Zukunft der deutschen Musik ab. Sie müssen lernen, sich aktiv am musikalischen Leben ihres Volkes zu beteiligen, die überlieferten musikalischen Kulturgüter zu bewahren und den neuen fortschrittlichen Musikaneerungen fördernd und verständnisvoll zur Seite zu stehen.

Dr. P. Panoff.

**Der Kanarienvogel und der Kritiker.** Im 3. Akt der „Meisterlinger“. Im Zimmer des Hans Sachs, hing ein Kästchen mit einem richtiggehenden Kanarienvogel an der Wand. Das Tierchen war nicht nur sehr musikalisch, sondern hatte auch eine Lieblingstonart, denn Abend für Abend folgte es mit gespannter Aufmerksamkeit dem Gesang und setzte jedesmal, wenn das berühmte Quintett nach Des-Dur moduliert, mit seinen schönsten Rollern und Trillern ein. Die Musiker im Orchester hatten ihre Freude daran, und schon lange vorher reckten sie die Hälse, um den gefiederten Sänger nicht nur zu hören, sondern auch zu sehen. Eines Tages aber saß ein gefürchteter Herr der Kritik im Theater. Ob er nun an diesem Abend schlecht gespeist oder sich sonstwie geirrt hatte — kurzum, am nächsten Tag konnte jeder in der Zeitung lesen, daß der Kanarienvogel das Quintett vollständig geschmissen hätte. Die Musiker machten sich darüber lustig, die Intendanz jedoch machte vor dem Allgewaltigen einen Bückling, und am nächsten Abend war der Vogel durch eine Attrappe ersetzt.

**Der verkannte Souffleurkasten.** Vor dem Kriege war es am Hoftheater zu M. üblich, Richard Wagners „Lannhäuser“ mit ganz besonderem Aufwand an Ausstattung herauszubringen. Daß im 2. Aufzug der Landgraf mit seinem Jagdgefolge hoch zu Ross erschien, war ja nichts Besonderes mehr; man ging also weiter und brachte auch noch eine eigene zu diesem Zweck gehaltene Meute von 30 Hunden auf die Bühne. Alles wäre gut gegangen, wenn nicht einer der Hunde eines Tages den Souffleurkasten mit einem Eckstein verwechselt hätte und die anderen 29, wie dies bei Hunden eben üblich ist, diesem Beispiel gefolgt wären. Beim ersten „Erguß“ zog sich der Souffleur entsetzt in die hinterste Ecke seiner engen Behausung zurück; beim zweiten gab er ein energisches Ksch. Ksch! von sich, erreichte aber damit weiter nichts, als daß das Bühnenvölkchen auf seine Not aufmerksam wurde. Der Souffleur ist zwar eine von diesen Mimen heiß umworbene Person, nichtsdestoweniger gönnt man es ihm von Herzen, wenn er auch einmal in „Druck“ kommt. Es ist daher begreiflich, daß seine momentane Zwangslage bei den Mitwirkenden nur ein schadenfrohes Lächeln hervorrief und niemand den Hunden Einhalt gebot. Er war also auf Selbsthilfe angewiesen und versuchte durch Fucheln mit seinem Klavierauszug die Hunde zu vertreiben. Dabei traf ihn ein weiteres Malheur, das Buch entglitt seinen Händen und floh in weitem Bogen auf die Bühne, was bei den inzwischen ebenfalls aufmerksam gewordenen Zuhörern einen Heiterkeitssturm auslöste, wie ihn kein Schwankdichter sich größer wünschen könnte. Dem armen Souffleur jedoch blieb nichts anderes übrig, als stark „angefuchelt“ und fluchtartig die Stätte seines Wirkens zu verlassen, und erst nachdem sich der Sturm auf beiden Seiten der Rampe gelegt hatte, konnte der Akt — allerdings ohne Souffleur — zu Ende geführt werden. W. S c h e r e r („Deutsche Musiker-3tg.“)

## Todeskampf der Freiheit

### III.

Die sozialistische Fraktion belief sich in der neuen Kammer auf hundertdreißigundzwanzig; außerdem waren fünfzehn Kommunisten gewählt. Der verruchte Anschlag Giolittis war also fehlgeschlagen. Aber das Parlament wies eine Neuigkeit auf, die bei der Kopflosigkeit der herrschenden Klassen die aller schwersten Folgen haben sollte: einige dreißig Faschisten, die in der Liste des nationalen Blocks gewählt worden waren, zogen in die neue Kammer ein. „Wir werden“, schrieb Mussolini, der diesmal in Mailand und Bologna gewählt worden war, „nicht eine Parlamentsfraktion sein, sondern ein Aktions- und Exekutionsploton.“

Diese erste faschistische Parlamentsfraktion hatte es ziemlich schwer, sich als Einheit zu behaupten. Sollte sie an der Einweihungsfeier der Kammer und an der Thronrede teilnehmen? Mussolini war gegen die Beteiligung und begründete dies damit, daß der Faschismus die herrschenden Institutionen nicht anerkenne. „Die Monarchie“, sagte er, „ist nur ein parasitärer Auswuchs ohne geschichtliche Ueberlieferung und ohne Wurzel in der Volkseele.“ Seine Fraktionskollegen warfen ihm vor, seine republikanischen Ideen den Wählern nicht vorgetragen zu haben. Es wurde den Abgeordneten überlassen, der Einweihung beizuwohnen oder nicht.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten erfolgte in einer gewitterschwangeren Atmosphäre. Es lag auf der Hand, daß Giolitti, seiner treuen Mehrheit beraubt, nicht mehr mit seiner Geschicklichkeit zu regieren verstand, der er das ihm erneute Vertrauen dankte. Schwere soziale Probleme harrten der Lösung. Die Staatsbeamten forderten Verbesserung ihrer Gehälter. Viele Abgeordnete sahen voll Schrecken auf die Lage in den Provinzen, wo die Häufigkeit der faschistischen Verbrechen plötzliche Ausbrüche des Hasses und des Terrors heraufbeschwören konnte.

Die Diskussion über die Thronrede war geradezu dramatisch. Filippo Turati wandte sich mit Wucht gegen die Feigheit der herrschenden Klassen und den Verfall der Regierung. Er definierte den Faschismus als eine blutige Konterrevolution gegen eine rein verbale Revolution. Seine Rede wandte sich an alle, die die Schwierigkeiten des Nachkrieges klar erkannten und entschlossen waren, sie unter Achtung der Freiheit und der Demokratie zu beseitigen.

Mussolini hatte seinen Sitz auf der äußersten Bank der äußersten Rechten gewählt. In seiner ersten Rede erklärte er sich als Anti-Giolittianer, Antidemokrat und Antisozialist. „Sie haben mich aus dem öffentlichen Leben ausschließen wollen. Jetzt werden Sie gezwungen sein, mich anzuhören.“ Dann wurde er pathetisch. „Die Toten sind schwer zu tragen.“ Und schließlich stellte er als Frage dar, was in den Tatsachen längst entschieden war: „Wir sind bereit zum Frieden wie zum Kriege. Sie können wählen.“

In seiner Antwort war Giolitti kalt und farblos. Nicht die Spur von Bewegung in seinen Worten. Diesen achtzigjährigen Bürokraten schien die Tragödie seines Landes nicht einmal zu berühren. In schwächlicher Weise lehnte er den Vorwurf der Mitschuld am Faschismus ab. Er wagte es sogar, sich als Arbeiterfreund aufzuspielen.

Giolitti mußte zurücktreten. Mit ihm verschwand von der politischen Szene nicht nur ein Mann, sondern ein Regime. Von dem Tage an, wo der Staat einer Fraktion gestattet hatte, sich zum Bürgerkrieg zu bewaffnen, war der Parlamentarismus tödlich verwundet. Sogar eine Koalition mit der sozialistischen Rechten wurde unmöglich. Für den parlamentarischen Staat begann damals der Todeskampf.

Es war pure Heuchelei, daß Mussolini der Kammer die Wahl gestellt hatte zwischen Krieg und Frieden. Seit beinahe sechs Monaten hatte die Bourgeoisie schon gewählt. Man wollte um jeden Preis die Vernichtung der Arbeiterbewegung und die Entmannung des Parlaments.

Ende September hatten bereits die Latifundisten Südtaliens durch das Blut des sozialistischen Abgeordneten di Dagno ihren Willen beigegeben, das Recht der Gewalt vor die Gewalt des Rechtes zu stellen.

Di Dagno, der den Spitznamen „der gute Riese“ trug, war in der Kammer der Vertreter der Kleinbauern und Landarbeiter. Er gehörte zu jenen zahlreichen südtaliansischen Sozialisten, deren ganzes Leben ein langer Kampf gegen die Großgrundbesitzer ist. Trotz seinem harten politischen Tagewerke war er ein sonniger Mensch. Aus dem Volke stammend, wußte er sehr wohl, daß jeder Fortschritt schwere Opfer kostet. Eines Abends lauerte man ihm in seinem Heimort auf, zur Dämmerstunde, die nach des Tages

Mühsal dem Arbeiter Ruhe und Heimkehr verheißt. Mehrere Schüsse streckten ihn nieder. In ihrem Schmerz und in ihrer Wut machten die Landarbeiter seine Leiche zum Kampfzeichen, um das es zu schwerem, blutigem Konflikt kam. Die Genossen, die di Dagno rächen wollten, wurden besiegt und mußten in der Folge ihren Mut und ihre Hingebung sehr teuer bezahlen. Aber diese südtaliansischen Landarbeiter, an die sich der Staat immer nur erinnert hat, um sie auszubeuten, haben durch diese ihre Erhebung im Namen der Freiheit und zur Verteidigung des Parlaments das kommende Italien bersinnbildlicht, das, angesichts des Verjagens der Liberalen und der demokratischen Bourgeoisie, der Demokratie der Arbeiter den Schutz seiner Interessen und die Vertretung seiner Rechte anvertrauen wird.

Der Bürgermeister von Roccastrada in Toscana hatte den nachfolgenden Brief erhalten:

„Herr Bürgermeister! Da wir es als feststehend erachten, daß Italien den Italienern gehören soll und daher nicht von Individuen Ihrer Art verwaltet werden kann, rate ich Ihnen, als Wortführer meiner Mitbürger, bis zum 17. April 1921 von Ihrem Amte als Bürgermeister zurückzutreten. Falls Sie dies nicht tun sollten, wird die Verantwortung für das, was sich ereignen könnte, ganz auf Sie fallen, und falls Sie die Aufmerksamkeit der Behörden auf diesen Rat lenken, der großmütig, edel und menschlich ist, so wird die Ihnen gewährte Frist schon am 13. ablaufen, welche Zahl Ihnen ein Omen sein soll.“

Unterschiedet: Dino Perrone Compagni.

Dieser Dino Perrone Compagni, seinem Titel nach ein Marschese, war der Schrecken der Toscaner. Seine Dorfjahre waren wahrscheinlich Söldnerführer gewesen, die ihren Degen für Geld heute dem Papst und morgen dem Kaiser zur Verfügung stellten. Er selbst stellte für Geld zwar nicht seinen Degen, wohl aber Dolche und Knüppel einer Schar früherer Frontkämpfer zur Verfügung, in der sich neben einigen exaltierten Patrioten hauptsächlich Strolche und Berufsverbrecher befanden. Vor einem Jahrhundert wäre dieser edle Marschese ein Brigant geworden; in unserer Nachkriegszeit trat er als Verteidiger von Ordnung und Besitz in den Dienst der Agrarier, der rückständigsten und schmutzigsten sozialen Schicht, die es gibt.

Gut bewaffnet und ausgerüstet, gelangten diese faschistischen Scharen auf ihrem Lastauto mit Blitzgeschwindigkeit von einem Teil der Toscana zum anderen und schienen den alten Bürgerkrieg zwischen Welfen und Gibellinen wieder ins Leben zu rufen.

Roccastrada sollte auf eigene Kosten lernen, was von den Drohungen des Marschese zu halten war. Als die gewährte Frist abließ, ohne daß der Bürgermeister zurückgetreten war, wurde der Ort umzingelt. Das Schnaufen der Autos, das Gebrüll der Kriegskrieger der Faschisten und zahlreiche Schüsse in die Luft verkündeten der Bevölkerung, was ihr bevorstand. Die Wohnungen des Bürgermeisters und der Stadträte wurden zuerst verwüstet, während das Landvolk auf die Felder flüchtete. Die zum Plündern und Verwüsten ausgefuchten Häuser waren durch ein schwarzes Kreuz gekennzeichnet. Es waren bescheidene Wohnungen von Arbeitern, kleinen Kaufleuten, Angestellten. Die Derwüstung wurde hauptsächlich durch Brandgranaten vollzogen. Um zu verhindern, daß die Bevölkerung zur Abwehr zusammenströmte, hatte man an den Kreuzwegen Maschinengewehre aufgezogen. Wer immer vorüberkam, Mann, Frau oder Kind, wurde mißhandelt. Die Plünderung des einzigen Restaurants fand in Gegenwart der Karabinieri statt, die vergnügt zusahen. Den Wein- und Likörfaschen schlug man mit Stöcken die Hälse ab, und dann ging eine fidele Sauferei los. Endlich um 9 Uhr abends, nachdem man vier Stunden gewütet hatte, zog die Bande ab zu anderen Abenteuern. Aber es sind noch nicht zehn Minuten vorüber, und schon erscheint sie wieder, diesmal mit einem Toten auf ihrem Lastauto. Hat man auf sie geschossen? Haben die betrunkenen Faschisten ihren Kameras getötet? Niemand weiß es. Jetzt wendet sich aber die Wut der Angreifer nicht nur gegen die Sachen, sondern gegen die Personen. Jetzt fängt die Menschenjagd an. Zwei alte Landarbeiter brechen auf der Schwelle ihres Hauses zusammen. Ein Buckliger, der zu fliehen versucht, wird durch Knüppelhebe getötet. Einer Mutter tötet man das Kind, das sie im Arm trägt.

Zehn Tote, dreißig Derwundete, fünfzehn niedergebrennte Häuser, das war die tragische Bilanz dieses einzigen Tages. Als endlich die Karabinieri eintreffen, parlamentieren sie mit dem Führer der Expedition und... verhaften niemand. Erst nach zehn Tagen, nachdem jeder der Faschisten sein Alibi fertig hat, erfolgen die ersten Verhaftungen.



## STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

### Lohnabbau ummünzen in Arbeitszeitkürzung

Wir hatten wieder debattiert, und zwar so, daß wir heiße Köpfe bekamen. Es ging um den Mehrwert, um den Brennpunkt aller Arbeitskämpfe und um die 40-Stunden-Woche. In Nr. 2 unserer „Gewerkschaft“ wurde mitgeteilt, „daß der Städtetag unsere Verbandsforderung, statt Lohnabbau eine Arbeitszeitverkürzung einzuführen, als richtig anerkannt hat und dementsprechend zu handeln gedenkt“. Wie so ist dieser Standpunkt richtig und jener andere verkehrt, da wir Arbeiter statt z. B. 40 Mk. Wochenlohn wie bisher, jetzt nur 36 Mk. verdienen? Ob die Arbeitszeit oder der Lohn verkürzt wird — uns fehlen die 4 Mk. jede Woche und das ist das Entscheidende!

Nehmen wir an, dein Wochenlohn für 48 Stunden soll gekürzt werden von 40 auf 20 Mk. Würdest du nach wie vor jeden Morgen flink aus dem Bett springen und sechs Tage lang in den Betrieb rennen, um die 20 Mk. nach Hause zu bringen, oder würdest du nicht lieber nur drei Tage die Haß machen mit demselben Resultat? Sicherlich das letztere. Also mußt du einsehen, auch wenn dein Lohn um 8, 10 oder 20 Proz. abgebaut werden soll, daß irgendetwas der Punkt liegt, an dem dir deine tägliche Mühe in gar keinem Verhältnis zum Erfolg mehr zu stehen dünkt. Und hier kommen wir wieder zur Lehre von Marx.

Warum sträubt sich der Kapitalist so sehr gegen einen Lohnabbau in Form einer Arbeitszeitverkürzung, ja, möchte er nicht gar die Arbeitszeit noch verlängern bei gleichzeitigem Lohnabbau? Er verfällt auch sonst auf ganz eigenartig anmutende Handlungen. Er läßt verkürzt arbeiten, drei Tage in der Woche, obwohl genügend Arbeit vorhanden ist. Jetzt geht der Schlichter, der ein Politiker ist, was sehr beachtenswert erscheint, den Lohn herab, und nun geschieht ein Wunder: der Unternehmer läßt von der folgenden Woche ab Ueberstunden leisten, um die Arbeit schaffen zu können. Erkenntst du des Dubels Kern, die marxistische Mehrwerttheorie? Daß er dich nur drei Tage arbeiten ließ, war ein Mittel zum Zweck. Arbeitest du nur wenige Stunden, dann hast du dem Kapitalisten soviel verdient, daß er den Lohn und die Unkosten zahlen kann. Je länger du dann aber arbeitest, je mehr erzeugst du Mehrwert, den der Kapitalist fast restlos einsteckt. Das aber ist das System, das Marx nicht erfunden, aber aufgedeckt hat. Aber auch um seine Herrschaft nicht aufzugeben, sträubt sich der Kapitalist mit Nägeln und Zähnen gegen eine Arbeitszeitverkürzung. Der Arbeiter soll möglichst so lange arbeiten, bis er müde ins Bett fällt. Dann hat er keine Zeit und Lust mehr, über all diese Fragen nachzudenken. Dieses „Nichtmehrachdenken“ ist für den Kapitalisten ein Quell unendlichen Verdienstes.

1889 wurde durch den Pariser Kongreß der 1. Mai als Kampftag für den Achtstundentag bestimmt, um dem Arbeiter Zeit zum Feierabend zu erobern. Der Unterschied zwischen 14 und 8 Stunden ist im Lohn ausgeglichen worden und Zeit und Kultur haben wir gewonnen. Wir werden auch die 40-Stunden-Woche erobern und neue Zeit gewinnen. Wir werden den Lohnverlust wieder ausgleichen können und wieder viel gewonnen haben, wenn es unserer gewerkschaftlichen und politischen Macht gelingt, den jetzigen Lohnabbau-Unsinn in Arbeitszeitverkürzung umzumünzen. Wir gewinnen um so schneller, je geschlossener, zielklarer und besonnener wir wirken. Marxismus gegen Kapitalismus! Welcher Arbeiter steht trotz aller Not nicht den grandiosen Kampf dieser beiden Riesen, und welcher Arbeiter fühlt noch immer nicht in sich den glühenden Drang, seine Kraft in die Waagschale zu werfen?  
D. W., Magdeburg.

### Das Gebot der Stunde

Es ist reichlich ein Jahrzehnt her, da riefen Politiker und Unternehmer den Bruder Arbeiter auf, den Staat, die Gesellschaft und die Unternehmungen zu retten vor dem Versinken ins Chaos. Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern wurden gebildet, Tarifverträge vereinbart, das Betriebsrätegesetz und die Reichsverfassung mit vielen für die Arbeiterschaft günstigen Artikeln geschaffen. Es schien als hätten die Unternehmer das Herrenmenschtum abgetreift und wollten nunmehr im Arbeiter den Mitarbeiter im Betrieb und den gleichberechtigten Staatsbürger sehen.

Aber es schien nur so. Kaum zehn Jahre später ist man eifrig dabei, der Arbeiterschaft die wichtigsten Fortschritte auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet wieder streitig zu machen. Heute ertönt aus dem Unternehmerlager mit größter Heftigkeit der Ruf: „Was scheren uns Tarifverträge, was kümmert uns das Betriebsrätegesetz! Wir wollen wieder „herr im Hause“ sein! Nieder mit der Sozialversicherung! Weg mit dem Tarifrecht und mit den Schlichtungsinstanzen!“

Mancher fragt sich: Warum finden gerade in der gegenwärtigen Notzeit Unternehmer und Arbeiter sich nicht zusammen, um die verheerenden Wirkungen der Krise abzuschwächen? Ja, warum? Weil der deutsche Unternehmer tatsächlich derselbe Herrmannen geblieben ist, der er war! Dieses wiedererstehende Herrenmenschtum aber ist nur erklärlich durch die bedauernswerte Tatsache, daß beinahe zwei Drittel der deutschen Arbeiterschaft nicht gewerkschaftlich organisiert sind!

Ist dieser Teil der Arbeiterschaft wirklich so naiv zu glauben, daß die in den letzten Jahren erkämpften Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für immer feststehen? Der gegenwärtige Generalangriff der Unternehmer sollte längst auch den Arglosesten erkennen lassen: Auf der ganzen Front gehen die Scharfmacher vor, um die Arbeiterschaft in die frühere Rechtslosigkeit zurückzudrängen. Die anhaltende und schwere Wirtschaftskrise ist ihnen die längst erwünschte Gelegenheit. Was jetzt im Reich vorgeht, ist ein grimmiger Kampf gegen die Gewerkschaften unter Duldung von Bestrebungen nationalsozialistischer Machtergreifung seitens einer sehr großen Anzahl von Unternehmern. Es ist eine besonders traurige Erscheinung und ein Zeichen völliger Gedankenverwirrung und -verwirrung, wenn auf das Pflaster geworfene Arbeiter, geschmückt mit dem Hakenkreuz, im Verein mit ihren Unterdrückern gegen ihre eigenen Klassengenossen vom Leder ziehen. Ob nun die Unternehmer die Löhne der Arbeiterschaft unter das Existenzminimum drücken, das kümmerlich sie nicht. Weil ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft ihre gewerkschaftliche Rüstung ablegte, bekommt sie die Peitsche wieder zu kosten, während einer restlos organisierten Arbeiterschaft gegenüber ein solches Auftreten nicht möglich wäre.

### Erkennt, um was es geht!

Soll die Arbeiterschaft wieder in ein modernes Sklavenjoch gepreßt oder sollen die Anschläge der Unternehmer abgewehrt werden. Ihr habt euch zu entscheiden, wollt ihr Ambos und Hammer sein! In diesem Kampf um unsere Lebensrechte bedürfen wir der ganzen Kraft der Arbeiterschaft, deshalb muß es unsere Aufgabe sein, die Front der organisierten Arbeiterschaft zu stärken durch

### Gewinnung der Unorganisierten.

Diese sind Bremsklötze an der Gewerkschaftsbewegung. Es ist notwendig, ihnen klar zu machen, daß ihr weiteres Fernstehen die Erfolge der gesamten Arbeiterschaft in Gefahr bringt. Mit allen Mitteln muß versucht werden, sie aus dem verhängnisvollen Dämmerzustand aufzurütteln.

### Werbung der Unorganisierten sei das Gebot der Stunde!

Ernst Duda, Tel.-Arb., Neurode i. Schl.

### Wo bleibt der zweite Mann?

Du bist schon Mitglied des Verbandes,  
Du weißt, weshalb du Mitglied bist,  
Sedoch manch anderer deines Standes  
Weiß nicht, weshalb er es nicht ist.

Du weißt, daß deine Interessen  
Nur dein Verband am besten wahr.  
Der andre hat's noch nicht ermesselt.  
Vielleicht, weil er den Beitrag spart.

Den nimm aus's Korn, und zwar noch  
Erkläre ihm, was der Verband heute,  
Für ihn, sein Weib und Kind bedeute  
Und was er schuldig seinem Stand.

Dein Ehrgeiz sei, in diesem Jahre  
Zu werden einem zweiten Mann.  
Beweise ihm durch Kommentare,  
Wie der Verband ihm nützen kann.

Entkräftete seine Argumente  
Mit Logik, die nicht unterliegt.  
Zerstreu, was ihn von uns trennt,  
Bis endlich seine Einsicht siegt.

Erlasme nicht bei diesem Werke,  
Bis sich zu dir, dem ersten Mann,  
Gesellt des zweiten Mannes Stärke,  
Die mit dir doppelt wirken kann.

Wirfst du, Kollege, solchermesse,  
Dann wirst dein Wert wie jene Kraft,  
Die auf dem Wasser viele Kreise schafft,  
Aus einem Kreis durch Steinwurf!

Dann wird der Jahresfluß ergeben  
Dein Fort, dein Amt, dein Verband  
Ersteht dank deinem Werbestreben  
Als doppelt mächtiger Gigant.

Stefan Kalmowich

## Bildungsarbeit

### Bildungsarbeit in Baden

„Aufklärung und Bildung der Mitglieder durch Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge, Unterrichtskurse und Unterhaltung von Büchereien usw.“, so steht es geschrieben im § 2 des Statuts unseres Gesamt-Verbandes. Danach gehandelt hat der Verbandsvorstand einmal durch Herausgabe guter Schriften und Bücher und zum anderen durch die Belegung einer Klasse in der großen Bildungsstätte des ADGB in Bernau.

Um aber über den Rahmen dieser großen intensiven und zentralen Bildungsarbeit auch im Bezirk das Gros der Funktionäre und Betriebsräte des Verbandes zu schulen, hat der Bezirk Baden im Laufe des Winters 8 Sonntagskurse in den verschiedensten Teilen des Bezirks durchgeführt.

Als Themen wurden behandelt

1. Die Deutsche Reichsverfassung, ihr geschichtliches Werden und ihr Inhalt.
2. Der Aufbau der gesetzlichen Betriebsvertretungen.
3. Die Aufgaben der Betriebs- und Gruppenräte.

Die beiden ersten Themen behandelte Kollege **F l i c h t** und das dritte Thema Kollege **W ö n n e r**. Von dem Gedanken ausgehend, daß gerade die heutige politische und wirtschaftliche, für die Arbeiterklasse nicht günstige Zeit, eine genaue Kenntnis des Grundgesetzes unseres Staatswesens und der von der Verfassung ausgehenden Ausführungsgesetze notwendig macht, ließ die Bezirksleitung diese Themen als Auftakt für die Bezirksschulung wählen.

Wie richtig sie damit gehandelt hat, ging aus dem außerordentlich starken Besuch aller acht Veranstaltungen hervor. In Mannheim, wo die erste Veranstaltung stattgefunden hat, konnte der vorgesehene Saal nicht alle Hörer fassen. Besucht waren die Veranstaltungen in Mannheim von 185 Hörern, in Schopfheim von 64 Hörern, in Heidelberg von 69 Hörern, in Karlsruhe von 176 Hörern, in Freiburg von 84 Hörern, in Radolfzell von 63 Hörern, in Offenburg von 44 Hörern und in Dillingen (Schwarzwald) von 45 Hörern. Zusammen also von 730 Hörern innerhalb des gesamten Bezirks. Aus dieser großen Beteiligung ist zu ersehen, wie die Mitglieder, die als Betriebsräte und Verbandsfunktionäre tätig sind, ein Interesse daran haben, sich fortzubilden und sich mit den für sie einschlägigen Gesetzen vertraut zu machen.

Eine durchgreifende Schulung der Funktionäre und Betriebsräte ist aber gerade jetzt unbedingt notwendig, da unsere Funktionäre und Mitglieder bei den großen Aufgaben, die von den Gewerkschaften gelöst werden müssen, ebenfalls vor Fragen gestellt werden, die man ohne eine genaue Kenntnis der Gesetze und der geschichtlichen Verhältnisse nicht erledigen kann.

Wenn in den Bildungsstätten der Gewerkschaften, die immer nur von einem bescheidenen Teil der Mitgliedschaften besucht werden können, die planvolle systematische Aus- und Fortbildung der Funktionäre erfolgt, so sollen in den Sonntags- und Wochenendkursen des Bezirks mehr die sich aus der Praxis des Betriebs- und Verwaltungsverfahrens sich ergebenden Fragen behandelt werden, um einmal für den fortgeschrittenen Funktionär Ergänzungen und Wiederholungen und für den Neuling Anregungen zu bringen.

Es kann nach diesem ersten Versuch festgestellt werden, daß nicht nur unter der Mitgliedschaft ein Interesse für Schulungsarbeit, sondern daß tatsächlich ein Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Der Bezirk Baden wird deshalb im kommenden Herbst diese Vorträge fortsetzen, wobei vor allem das Arbeitsgerichtsgesetz, die Invaliden- und Krankenversicherung sowie das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung behandelt werden sollen.

F l i c h t.

### Best schon

müssen die Vorbereitungen zu den **Betriebsvertretungswahlen** getroffen werden

## Unsere Jugend

### Ein Ruf zur Jugendarbeit

Jede Arbeiterbewegung, die auf eine gesunde Weiterentwicklung bedacht ist, muß sich auf den Nachwuchs stützen. So wichtig es für die freien Gewerkschaften ist, die Arbeiterschaft überhaupt möglichst vollzählig zu erfassen, ihr wertvollster Besitz ist die Jugend, die im freigewerkschaftlichen Geist aufwächst, klassenbewußt, überzeugt von der unbedingten Notwendigkeit beruflicher und politischer Solidarität. Diese Jugend ist die Zukunft des Proletariats, ist das Baugerüst für den Aufstieg. Eine der wichtigsten Aufgaben jeder freien Gewerkschaft ist deshalb die Arbeit für die Jugend und an der Jugend.

Aus diesen Erwägungen heraus ist man in den verschiedensten Städten des Reichs (Berlin, Hannover, Dresden, Braunschweig) dazu übergegangen, die jungen Kolleginnen und Kollegen unseres Verbandes in besonderen Jugendgruppen zusammenzufassen. Die Arbeit dieser Jugendgruppen dient im wesentlichen der Berufs- und Allgemeinbildung und der Erziehung zur Gemeinschaft.

Laut Jahrbuch des ADGB wurden am Ende des Jahres 1929 im Deutschen Verkehrsbund 6090 Jugendliche und im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1967 Jugendliche ermittelt. Diese Angaben sind zum Teil unvollständig und auch ungenau, da eine einwandfreie Zählung der Gewerkschaftsmitglieder nach Altersgruppen bisher nicht überall erfolgt. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß bei der Aufstellung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter das in den Anstalten des Gesundheitswesens beschäftigte jugendliche Personal nicht enthalten ist. Vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter liegen überhaupt keinerlei Zahlenangaben vor. Doch ist bekannt, daß dort ebenfalls und auch in erheblichem Maße Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.

Der Gesamt-Verband zählt also in den Reihen seiner Mitglieder, wenn wir die Altersgrenze der Jugendlichen auf 20 Jahre hinaufsetzen (nach den Richtlinien des ADGB gelten als jugendliche Mitglieder die unter 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen und Lehrlinge für die Dauer ihrer Lehrzeit) 10 000 Jugendliche. Dornheime Aufgabe des Verbandsvorstandes wird es sein müssen, in seiner gewerkschaftlichen Arbeit den Jugendlichen, d. h. dem Nachwuchs unserer Organisation, stärker als bisher Beachtung zu schenken.

Noch in keiner Situation wurde die Jugend so umschwärmt von allen möglichen und unmöglichen Organisationen wie jetzt. Das jugendliche Gemüt ist leichter in Wallung zu bringen und eher solchen Organisationen als Anhänger zuzuführen, die große Versprechungen und Hoffnungen machen. Die freien Gewerkschaften sind von unerfüllbaren Versprechungen weit entfernt. Sie verweisen auf die Stärke ihrer wirtschaftlichen Gegenspieler und stellen die Machtverhältnisse bei allen ihren Unternehmungen in den Vordergrund. Wie aber im allgemeinen gewerkschaftliche Aktionen nur dann von Erfolg begleitet sein können, wenn die Masse dahintersteht, können wir auch nur dann wirksamen Einfluß auf die Gestaltung der kommenden Verhältnisse ausüben, wenn wir über eine starke und mächtige Jugendbewegung verfügen. Die Zukunft muß also eine weit intensivere Förderung unserer Verbandsjugendarbeit bringen. Wir haben 10 000 Jugendliche in unseren Reihen! Seien wir uns unserer Aufgabe bewußt. Die Jugendarbeit des Verbandes ist Gegenwarts- und Zukunftsarbeit zugleich, ist Arbeit auf weite Sicht.

Gewaltig ist die Arbeit, die die Jugendbewegung auf unsere Schultern legt, aber wir müssen und können sie schaffen. Unsere Jugend ist sie wert, mit ihr steht und fällt unsere Zukunft. Aus ihr werden dereinst Männer und Frauen erstehen, die wir gebrauchen zur Errichtung des Neubaus unseres Volkslebens, errichtet auf den Grundpfeilern des Sozialismus. Die junge Generation hat die Aufgabe, das in langen und opferreichen Kämpfen geschaffene Werk der Väter fortzuführen und zu Ende zu bringen, getreu dem Gelöbnis, das die arbeitende Jugend aus Rheinland und Westfalen auf der Kundgebung in Düsseldorf im Juni 1926 ablegte:

„Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von der wirtschaftlichen Ausbeutung, daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen denen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel. Unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll und der wir dienen wollen.“

D. R., Berlin.



### Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Ein Eugenbergs-Skandal wurde im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages, der sich gegenwärtig mit der Vorgeschichte des Eugenbergs-Konzerns beschäftigt, aufgedeckt.

Die Niederlage der Nationalsozialisten im Reichstag, die in der Ablehnung ihres Auflösungsantrages zum Ausdruck kam, hat die Nazis und Deutschnationalen veranlaßt, ihre Mitarbeit dem Reichstag zu versagen. Die von dem Reichstagspräsidenten Löbe vorgeschlagene Aenderung der Geschäftsordnung wurde angenommen, ebenso die Aenderung des Preßgesetzes und der Antrag auf Bewilligung der vorgelegten Strafverfolgungsanträge.

Der Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Curtius wurde mit 255 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

In der Mordsache Schneider-Graf, Berlin wurden nach der Festnahme eines der nationalsozialistischen Mörder bei den SA-Führern in München und Berlin Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das gefundene Material läßt auf eine Begünstigung der Mörder durch die Nazis schließen.

4890000 Arbeitslose. In der Zeit vom 16. bis 31. Januar d. J. betrug die Zunahme 129000. In Berlin gab es Ende Januar 467002 Arbeitslose.

Die englische Weberausperrung, die 400000 Arbeiter betraf, ist vollkommen zusammengebrochen. Die Unternehmer sind mit ihren Forderungen auf Lohnherabsetzungen gescheitert und die Arbeiter nehmen am 16. Februar die Arbeit wieder bebingungslos auf.

Der österreichische Nationalrat nahm am 13. Februar mit 80 gegen 79 Stimmen einen Antrag an, der die Angleichung des österreichischen Cherechts an das deutsche verlangt.

44-Stunden-Woche bei der Post in den Vereinigten Staaten. Der Bundes Senat nahm einstimmig einen Gesetzentwurf an, der die 44stündige Arbeitswoche für Bundespostbeamte an Stelle der gegenwärtigen 48-Stunden-Woche einführt. Der Gesetzentwurf ist eine wertvolle Krisenmaßnahme, die die Neueinstellung von 10000. Postbeamten ermöglicht.

Die Reichsinduziffer für die Lebenshaltungskosten betrug im Januar 1931 140,4 gegen 141,6 im Dezember 1930.

### Aus unserer Bewegung

Lübeck. In der zahlreich besuchten Jahresversammlung am 20. Januar gab Kollege Salomon die Berichte über die Tätigkeit der Verwaltung sowie von der Lohnverhandlung mit dem Bezirksarbeitgeberverband Schleswig-Holstein-Lübeck und vor der Bezirkschiedsstelle in Kiel. Zur Erledigung der Verwaltungsarbeit wie Interessenvertretung waren außer dem umfangreichen Schriftverkehr notwendig 250 Sitzungen, Versammlungen, Verhandlungen und eine Anzahl Klagen vor dem Arbeitsgericht, sei denen für einzelne Kollegen bis zu 1500 Mk. Lohn und Gehalt erstritten wurden. Die in Kiel abgehaltenen Reichskonferenzen für Gemeindebetriebe und für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wirkten befruchtend für unser Verbandsleben, desgleichen die Vertrauensmännerkonferenz der Kraftwerke Nordmark in Rendsburg wie die Konferenz von Vertretern für das Gesundheitswesen des Bezirkes Nordwest in Lübeck. Das Bildungsweisen fand eine gute Förderung durch Vorträge sowie durch die allmonatlich im Johanneum stattfindende arbeitsrechtliche Arbeitsgemeinschaft und zahlreiche Betriebsbefichtigungen. In der Aussprache wurde die geleistete Arbeit gewürdigt und Zufriedenheit mit der Interessenvertretung zum Ausdruck gebracht. Die daraufhin vorgenommene Wahl ergab einstimmige Wiederwahl der Kollegen Kändler, Schmalfeld, Gronow, Schöning, Wulff und Döggrau sowie des Kollegen Salomon als örtlicher Leiter. Dann wurde Stellung genommen zur Vereinbarung der Tarifkommission mit dem Bezirksarbeitgeberverband Schleswig-Holstein-Lübeck über die Arbeitsstreckung um vier Stunden wöchentlich zur Vermeidung von Entlassungen bzw. Einstellung von Erwerbslosen sowie zum Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle, der für die kommunalen Betriebe des Staates Lübeck mit Wirkung ab 1. April eine Kürzung der Stundenlöhne um 5 Proz. festsetzt. Wohl anerkannte man in der Aussprache, daß der Senat von Lübeck von sich aus bereit war, die bestehenden Löhne bis zum 31. März gelten zu lassen, es wurde aber scharf kritisiert, daß der Senat, anstatt den privaten Unternehmungen ein gutes Beispiel zu sein, im Fahrwasser des Unternehmertums segelt und nicht nur die Löhne, sondern zum Teil auch andere Arbeitsverhältnisse verschlechtern will. Der Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle wurde demgemäß einstimmig abgelehnt. Für die Vereinbarung einer Kürzung der Arbeitszeit ab 1. April traten zahlreiche Redner ein und nur gegen eine Stimme wurde die Vereinbarung angenommen. Damit haben die Staats- und Gemeindegewerkschaften zu erkennen gegeben, daß sie vom Gedanken gewerkschaftlicher Solidarität mit allen Klassengenossen befeelt sind.

### Internationale Gewerkschaftsbewegung

Dezentralisation der Gewerkschaften in Sowjetrußland. Gemäß einer Entschlieung des 5. Plenums des Zentralrats der Gewerkschaften werden die bisher bestehenden Gewerkschaftsverbände nach dem Prinzip der Zugehörigkeit der Mitglieder zu den einzelnen Industriezweigen aufgeteilt. So wird z. B. der Metallarbeiterverband in sieben Einzelverbände zergliedert. Der Bergarbeiterverband wird in folgende vier Verbände aufgeteilt: Gewerkschaft der Eisenerz-Bergarbeiter, der Kohlenbergwerks-Industrie, der Erdöl-Industrie und der Torfgewinnung. Der Verband der Arbeiter der chemischen Industrie löst sich in drei Verbände auf. Der Textilarbeiterverband gleichfalls in folgende drei: Arbeiter der Baumwollindustrie, der Woll-, Seiden- und Trikotagenindustrie und der Leinen- und Juteindustrie. Der Bauarbeiterverband: in den Verband der Bauarbeiter im engeren Sinne (Wohnungs- und Industriebauten-Arbeiterverband), Verband der Eisenbahn-, Hafen- und Wegebauarbeiter und in den Verband der Arbeiter der Keramischen Industrie. Der Nahrungsmittelarbeiterverband wird in vier Verbände aufgeköst. Der Landarbeiterverband gleichfalls in vier, der Kommunalarbeiterverband wird aufgliedert: in den Verband der Arbeiter der Kommunalwirtschaften (Straßenbahnen, Kraftwagen, Gaswerke, Wasserleitungen und Elektrizitätswerke) und in den Verband der Arbeiter städtischer Unternehmungen (Badstuben, Wohnungen, Hausarbeiter [Angestellte], Frisüre, Wäscherei und Feuerwehr). Der Handlungsgehilfenverband zerfällt in die Verbände der Angestellten und der der Bankangestellten.

Wozu Geld da ist!

Was heißt Winterhilfe? Ist das auch Volksbegehren?



**Magdeburg.** In der Delegierten-General-Versammlung am 6. Februar 1931 gab Kollege Kuhnert den Geschäftsbericht. Ueber den Lohnabbaukampf mit den Unternehmern teilte er mit, daß fast unsere sämtlichen Tarife gekündigt sind und für die meisten durch Schiedspruch ein Lohnabbau von 4 bis 5 Proz. stattgefunden hat. Die Unternehmer hatten die Forderung gestellt, überall einen Lohnabbau von 15 Proz. vorzunehmen. Weiter konnte festgestellt werden, daß das erste Jahr nach dem Zusammenschluß zu der neuen Großorganisation trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage eine gute Entwicklung gebracht hat. Die Ortsverwaltung Magdeburg hat eine Mitgliederzunahme von 342 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1930 8145. Den Kassenbericht erstattete Kollege Mattern. Auch die Beitragsleistung ist gut. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1930 24993,06 Mk. An die Berichte schloß sich eine sehr lebhaft ausgeführte Aussprache. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, welcher den von der Ortsverwaltung an den Verbandspräsidenten eingereichten Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Paul Blanke wegen Verbandschädigung durch Vertrieb von Werbematerial und Aufforderung zum Beitritt zur RGO. betraf.

**München.** Die Fachgruppe „Gärtnerei, Park und Friedhof“ hatte zu einem Besuch des Botanischen Museums eingeladen. Bei freiem Eintritt sollten die Betriebsräte unseres Verbandsbereiches in einer Führung durch den wissenschaftlichen Leiter und seinen Assistenten persönliche Eindrücke durch diese hochinteressante Sammlung gewinnen. Da erfreulicherweise unsere Kolleginnen und Kollegen recht zahlreich erschienen waren, mußte in drei Gruppen zu je 30 bis 40 Personen geführt werden. Das Botanische Museum birgt eine Fülle von sehenswerten und lehrreichen Objekten, die Pflanzenforscher und Reisende aus allen Teilen der Welt zusammengetragen haben. Wir sahen an Hand von Naturstudien die Entstehungsgeschichte aller „Kolonialwaren“ vom vegetabilischen Urprodukt bis zum verbrauchsfähigen Fabrikprodukt, die vielen Kaffee-, Kakao- und Teearten aus allen Ländern der Uebersee, ihre Vegetationsbilder, natürliche Zweige mit Blüten und Früchten; weiter finden wir Gewürznelken, Muskatnuss, Zimt, Sternanis, Vanille, Sago, Kapern, Safran und vieles andere. Bei der Gruppe „Opium“ sehen wir alles von der unrefinierten Mohnkapsel bis zum „genuffertigen“ Opiumpräparat mit den dazu gehörenden Pfeifen, viele bekannte Heilmittel aus der Mohnpflanze. In aufzählenden Reihen die vegetabilischen Öle, vom kostbaren bulgarischen Rosenöl bis zu Senf- und Palmölen. Was gibt es nur bei der Kautschukabteilung zu denken — einfache Pflanzenmilchsäfte, die heilungsfähige Welthandelsprodukte werden. Ähnlich liegt es bei der Gruppe „Faserstoffe“; Baumwolle, Jute und noch viele andere Pflanzenfasern, deren wir uns alltäglich bedienen, ohne eine Ahnung zu haben, woher sie überhaupt stammen. In reichhaltiger Sammlung sind ausländische Nutzholzer, bergische Obstarten, Korke, Genussmittel und vieles andere in eigenen Spezialgruppen ausgestellt. Der Besuch dieses mit unendlicher Liebe zusammengetragenen und verwalteten Museums gab uns gleichsam ein genaues Abbild der zielbewußten Nutzbarmachung der größten Gruppe der Lebewesen — der Pflanzenwelt — durch und für den Menschen.

**Solltau.** Aus dem Geschäftsbericht, der in der Generalversammlung gegeben wurde, war zu entnehmen, daß trotz der wirtschaftlich ungünstigen Lage der Mitgliederstand nicht nur gehalten wurde, sondern noch Neuaufnahmen gebucht werden konnten. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Vorsitzender Pecht, Kassierer K. Karsens, Schriftführer Winkelmann.

## Internationale Rundschau

**Einschränkung des Lichtverbrauchs in Moskau.** Wie die „Ekonomitscheskaja Shisa“ (Nr. 29 vom 30. Januar 1931) meldet, hat der Moskauer Stadtsowjet folgende Ersparnismaßnahmen angeordnet. In allen Behörden und Sowjetbetrieben sollen die Birnen durch solche mit geringerer Kerzenstärke ersetzt werden. In den Arbeitszimmern und Sitzungssälen der Sowjetbehörden sollen Decken- und Tischlampen nicht gleichzeitig brennen. Die Elektrizitätsanlagen der Behörden und Betriebe sollen umgebaut werden, damit die Einschaltung von Beleuchtungskörpern nicht durch „unbefugte Hand“, sondern nur von der Zentrale aus erfolgen kann. In jeder Sowjetbehörde soll ein Beamter für die Durchführung der Lichtsparmaßnahmen persönlich verantwortlich sein. Sonderbrigaden der Arbeiter- und Bauerninspektion nehmen Kontrollgänge durch die Sowjetbehörden und Betriebe in Moskau vor, um die Durchführung der Sparmaßnahmen zu beaufsichtigen. Zahlreiche hohe Funktionäre der Sowjetbehörden sind bereits als „Lichtverschwender“ vor Gericht gestellt und abgeurteilt worden. Diese Prozesse wurden als „Schauprozesse“ geführt, um eine abschreckende Wirkung für die Zukunft auszuüben.

## RUNDSCHAU

### Wo müssen Betriebsvertretungen gewählt werden?

Der § 1 BRG. besagt: „... sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.“

§ 2 Absatz 1 BRG.: „In Betrieben, die in der Regel weniger als zwanzig, aber mindestens fünf wahlberechtigte Arbeitnehmer beschäftigen, von denen mindestens drei nach den §§ 20 und 21 wählbar sind, ist ein Betriebsobmann zu wählen.“

### Wie wird die Wahl eingeleitet?

§ 23 BRG.: „1. Der Betriebsrat hat spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Dabei sollen Minderheiten nach Möglichkeit berücksichtigt werden.“

2. Kommt der Betriebsrat seiner Verpflichtung nicht nach, so hat der Arbeitgeber innerhalb vier Wochen einen aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen, in dem in Betrieben mit Arbeitern und Angestellten beide Gruppen vertreten sein müssen: Der Wahlvorstand bestimmt seinen Vorsitzenden selbst.

3. Kommt der Arbeitgeber seiner Verpflichtung aus Abs. 2 nicht nach, so bestellt auf Antrag eines oder mehrerer wahlberechtigter Arbeitnehmer oder auf Antrag einer wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer der Vorsitzende des Arbeitsgerichts einen Wahlvorstand aus den wahlberechtigten Arbeitnehmern. Antragsberechtigt ist auch der Gewerbeaufsichtsbeamte oder, sofern der Betrieb nicht der Gewerbeaufsicht unterliegt, die von der obersten Landesbehörde bestimmte Behörde.

4. Die Vorschriften der Absätze 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein Betrieb neu errichtet wird oder wenn die für die Errichtung eines Betriebsrats vorgeschriebene Mindestzahl von Arbeitnehmern erreicht wird.

5. Die Wahl ist durch den Wahlvorstand unverzüglich nach seiner Bestellung einzuleiten und soll spätestens nach sechs Wochen stattfinden. Kommt der Wahlvorstand seiner Verpflichtung nicht nach, so ersetzt ihn der Vorsitzende des Arbeitsgerichts auf Antrag eines der nach Abs. 3 Antragsberechtigten durch einen neuen Wahlvorstand.“

Schon jetzt müssen die Vorbereitungen für die im März/April stattfindenden Wahlen getroffen werden. In allen Betrieben, in denen die Wahlen mit Schwierigkeiten verbunden sind, müssen sich die Kollegen rechtzeitig an ihre Ortsverwaltung um Rat wenden.

**Kein, nach vorstehendem, wahlberechtigter Betrieb darf ohne Betriebsvertretung bleiben! Denkt daran! Nur die Wahl einer Betriebsvertretung gewährt Entlassungsschutz!**

## Panama

Die nationale Würde steht  
Bei Bogemanns im Vordergrund,  
Und wer sich wider sie vergeht,  
Der ist für sie ein Schweinehund.  
Für ihr, von Verrat umdrohtes,  
Deutsches Vaterland erglöh  
Immerdar ihr schwarzweißrotes,  
Stahlbehelmtes Kampfgemüt.  
Sofern er ihnen nützlich sei,  
Besäßen Bogemanns den Staat.  
Ansonsten schreit die Heerde:  
Psiu Panama! Psiu Landesverrat!  
Bogemanns sollen teure Steuern  
Zahlen vom Profit? — Man nicht!  
Soll'n sich beim Matrosenheuern  
Eheren um soziale Pflicht?

Die Firma zeigt's der Republik —  
Und mit Verrede! und Hurra!  
Mit Fredericus-Blechmusik  
Schwenkt Bogemann den Panama.  
Runter mit der Gisch! — An baggel  
Bogemann laßt sich den Akt,  
Und die Panamajesen-Flagge  
Plattert froh vom „Vogelstang“-Mast.  
Das Schiffsvolk darbt. Die Firma part.  
Voll dampf voraus für das Geschäft  
Fürs Vaterland geht's auf die Fahrt,  
Für welches Vaterland? Wie's trefft...  
Das ist Deutschlands Fedenblüte  
(Bogemanns sind reichlich da):  
Schwarzweißkräftlich im Gemüte,  
Und im Hauptbuch — Panama!  
Kollt i. „Welt am Montan“.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelstraße  
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schließische Straße 42